Nr. 41.

Die Presse.

36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,25 Mk., monatlich 1,09 Mk. ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belagblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 15 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 20 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 25 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Sonntag den 17. Februar 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn. Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinr. Wartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Der Weltkrieg.

Amtlicher deutscher Heeresbericht.

Berlin, 16. Februar. (W.-T.-B.)

Großes Hauptquartier, 16. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz:

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit, die sich in der Champagne, zwischen Tahure und Ripont, verschärfte. Kleinere Unternehmungen unserer Infanterie in Flandern und östlich von St. Mihiel hatten Erfolg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der Erste General-Quartiermeister: Ludendorff.

Das große Rätselraten.

Seit Rußland niedergeworfen ist und die Hoffnung, es könnte noch einmal die Kraft zur Offensive gewinnen, sich verflüchtigt hat, lastet auf der Entente wie ein Alb das Gespenst eines deutschen Generalangriffs an der Westfront. Als im November dem General Byng im Cambrai-Abschnitt ein kleiner Überraschungserfolg glückte, da hallte die gesamte englische und französische Presse wider von Siegesjubel ohne Maß. Der ist heute längst verklungen und hat Stimmen Platz gemacht, die, obgleich sie zuversichtlich klingen sollen, doch eine starke Besorgnis verraten. Den Engländern hat der Jahres-Rechenschaftsbericht Sir Douglas Haigs klar zu machen vermocht, daß die blutigen englischen Mißerfolge im Jahre 1917 nicht etwa an den englischen Kriegsführungsmethoden, sondern nur an dem Mangel an ausgebildeten Mannschaften lagen: jetzt ruft die gesamte englische Presse nach mehr Rekruten. Wir wissen, es ist die Angst vor der deutschen Offensive, die sie diesen Ruf ausstoßen läßt. Repington sagte es in der „Times" auch ausdrücklich und ohne jede Beschönigung, daß England eine halbe Million frischer Streitkräfte, eine größere Anzahl von Geschützen und vor allem viele Angriffsflugzeuge brauche, weil die deutsche Defensivtaktik im Westen zuende gehe. Er verlangte Heraufsetzung dienstpflichtigen Alters bis auf 50 Jahre, und selbst eine so zweischneidige Maßregel, wie die Anwendung des Dienstgesetzes auch auf Irland.

Auch in der französischen Presse kommen die ängstlichen Stimmen nicht mehr zum Schweigen. Die Militärkritiker der Pariser Blätter sind sich darüber klar, daß die deutsche Offensive kommt. „Gaulois" fürchtete sogar, es möchten zu ihr nicht nur die deutschen Truppen aus dem Osten, sondern auch die „abkömmlich gewordenen Divisionen Belows und Mackensens" herangezogen werden. In ihrer kaum zu verschleiernden Not helfen sich die französischen Propheten mit recht fadenscheinigen Mitteln, unter denen eins der dürftigsten die Prophezeiung der in Deutschland angeblich bevorstehenden Revolution ist. Am belustigendsten aber ist für uns das große Rätselraten, das seit Wochen in der französischen Presse eingesetzt hat. Gar zu gerne möchte man den Ort kennen, an dem die deutsche Offensive beginnen wird; und da man ihn nun einmal nicht kennt, unterhält man sich und seine Leser mit neuen Vermutungen, die stets höchst ernsthaft untersucht und begründet werden. Wenn man den Pariser Redaktionsstrategen glauben sollte, so würde die deutsche Offensive am Montag bei Calais, am Dienstag bei Laon, am Mittwoch bei Verdun, am Donnerstag im Elsaß und am Freitag auf dem Wege durch die Schweiz erfolgen: alle diese Punkte sind von den Zeitungsmajoren und -hauptleuten schon mit viel Ernsthaftigkeit, die an den Ernst von Kindern beim Spiele erinnert, betrachtet worden.

Gegenwärtig ist Nancy die Stelle, wo, wie die Pariser Auguren ihrem Publikum augenzwinkernd zuflüstern, die deutsche Offensive losbrechen wird. „Petit Parisien" versichert, die deutschen Truppen könnten auf vier doppelgleisigen Eisenbahnlinien und auf zahlreichen Automobilstraßen plötzlich gegen die lothringische Front geworfen werden, wobei ihnen die „mächtige Zitadelle" von Metz als Rückendeckung dienen würde. „Polybe"-Reinach im „Figaro" gehört zu den neunmal Klugen. Er orakelt, ein solcher Angriff auf Nancy wäre kein origineller Gedanke, würde im Gegenteil nur Begonnenes fortsetzen. Er habe, schreibt er, schon vor längerer Zeit einem großen Heerführer die Gründe auseinandergesetzt, die einen deutschen Angriff auf Nancy wahrscheinlich erscheinen ließen. Die Deutschen hätten nun eingesehen, daß sie mit „militärischer Kriegskunst" nichts erreichten; daher ließen sie diese fallen und wendeten sich der „geschichtlichen und politischen Strategie" zu. Zu dieser gehöre ein Kampf um Nancy (!.) Nun wissen wir also, was Hindenburg jetzt vor hat: er will geschichtlich-politische Strategie treiben. . . .

Wie die letzten hier eingetroffenen Nummern der französischen Presse zeigen, geht das Rätselraten auf den Punkt, an dem die deutsche Westoffensive einsetzen wird, fröhlich weiter. Während gestern noch mit aller Bestimmtheit versichert wurde, daß Nancy das Ziel sein werde, und „Polybe" im „Figaro" mit einem großen Aufgebot von Gründen nachwies, daß das allein logisch sei, liest man's heute wieder anders: die große Offensive wird am englischen Frontabschnitt prophezeit. „Journal", das diese Entdeckung gemacht hat, weiß sogar das Datum des Beginns: es ist der 27. Januar, der Geburtstag des Kaisers. Sollten die Franzosen sich nicht wieder getäuscht haben? Wir schreiben Mitte Februar. . . .

Wenn man aber das „Echo de Paris" fragt, so wird uns Marcel Hutin sagen, warum auch diese Prophezeiung falsch war. Es liegt an den Überschwemmungen im Neckar- und Moselbecken, die die deutschen Truppen- und Materialtransporte behindern. Schließlich scheint dem „Journal" selber der Mut zu weiteren Prophezeiungen vergangen zu sein. In der Nummer vom 23. Januar läßt es einen Mitarbeiter schreiben: Er glaube nicht so recht, daß die Offensive überhaupt kommen werde. . . .

Während man so täglich von neuem die Frage nach dem „Wo" erörtert, scheint es doch in Frankreich noch Stimmen zu geben, die überhaupt an dem „Ob" zweifeln. General Berthaut schreibt daher im „Petit Journal" vom 22. Januar: der preußische Kriegsminister habe erklärt, Frankreich werde sich als besiegt anerkennen, wenn es eingestehen müsse, daß die Deutschen nicht mehr aus Frankreich und Belgien zu verjagen sind. Diejenigen, fährt Berthaut fort, müßten naiv sein, die aufgrund einer derartigen Behauptung annehmen wollen, Deutschland würde sich in Zukunft rein defensiv verhalten und in Ruhe eine feindliche Offensive abwarten.

In der Tat, wer das glaubt, der ist auf dem Holzwege. Die Aussichten, die wir durch Rußlands Niederwerfung und völlige Auflösung in die Hand bekommen haben, lassen wir nicht wieder los. Die Mehrzahl der Franzosen weiß das auch ganz genau: daher die Nervosität, mit der die Zeitungen täglich das große Rätselraten von neuem beginnen, ohne zu bedenken, wie lächerlich sie sich machen.

* * *

Die Kämpfe im Westen.

Deutscher Abend-Bericht.

W. T.-B. meldet amtlich:

Berlin, 15. Februar, abends.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Französischer Heeresbericht.

Der amtliche französische Heeresbericht vom 14. Februar abends lautet: Nordwestlich und östlich von Reims unternahmen wir Handstreiche und brachten Gefangene zurück. In der Champagne ziemlich große Tätigkeit der beiden Artillerien. Unsere Batterien nahmen unter ihr Feuer und zerstreuten eine starke feindliche Ansammlung, die südlich der Dermaise gemeldet wurde. Von der übrigen Front ist nichts zu melden. — Orientbericht: Wechselseitige Tätigkeit der beiden Artillerien westlich vom Wardar und im Cerna-Bogen.

Englischer Bericht.

Der englische Heeresbericht vom 14. Februar abends lautet: Heute am frühen Morgen unternahmen kanadische Truppen wiederum einen erfolgreichen Streifzug gegen die feindlichen Gräben bei Lens. Eine Anzahl Deutscher wurde getötet, einige Gefangene und 2 Maschinengewehre erbeutet. Unsere Sturmtrupp-Abteilungen kehrten ohne Verluste in unsere Linien zurück. Eine Anzahl anderer Gefangener wurde im Laufe des Tages auf dem südlichen Teil unserer Front durch unsere Patrouillen eingebracht. Einige feindliche Artillerietätigkeit am Souchezflusse. Die Fliegertätigkeit war gestern infolge tiefhängender Wolken und Regens gering. Am frühen Morgen wurden durch unsere Flugzeuge einige Erkundungen ausgeführt und Bomben auf verschiedene Ziele abgeworfen.

Der Erkundungsvorstoß deutscher Matrosen an der belgischen Front

am 14. Februar. Nach kurzem, heftigem Feuerüberfall brachen Stoßtrupps eines deutschen Matrosen-Regiments in eiligem Lauf über den aufgeweichten Boden hinweg überraschend in die belgischen Gräben südwestlich von Mannekensvere ein. Von zwei Seiten her rollten sie, jeden feindlichen Widerstand brechend, mit Handgranaten ein breites belgisches Grabenstück auf. Von Schulterwehr zu Schulterwehr vorgehend, trieben sie von rechts nach links die sich verzweifelt wehrende belgische Besatzung immer dichter zusammen, die in dem Handgranatenregen schwere blutige Verluste erlitt. Was nicht eiligst nach rückwärts floh, wurde gefangen genommen. Das ganze Unternehmen spielte sich mit rasender Geschwindigkeit ab. Schon nach kurzer Zeit kehrten die Matrosen mit 2 belgischen Offizieren, 26 Mann, zahlreichen Beutestücken und wichtigen Erkundungsergebnissen in ihre Ausgangsstellung zurück.

In Erwartung der Offensive.

Nach einer Meldung der „Zürcher Morgenztg." sind bisher etwa **70 000 Mann amerikanische Truppen** im Osten Frankreichs eingetroffen, wo sie einen Frontabschnitt besetzten.

Was Lloyd George in seiner Unterhausrede als militärische Neuheit von großem Werte bezeichnete, bezieht sich nach der Pariser Auffassung auf die vom „Petit Parisien" und anderen Blättern besprochene Manövrier-Armee, deren Verwendung dem Versailler Kriegsrat fallweise vorbehalten bleibt. Die Chefs dieser Armee und deren Generalstäbe sind ernannt. Die Militärkritiker deuteten wiederholt an, daß Foch als Urheber dieser strategischen Reserve zu betrachten sei. Die Armee hätte sowohl an der französischen wie auch an der italienischen Front zu intervenieren, falls ein offensives Unternehmen großen Stils oder dringende Abwehr es erforderlich machte.

Der Menschenmangel in Frankreich.

Die französische Regierung sucht mit allen Mitteln dem sich immer stärker bemerkbar machenden Menschenmangel abzuhelfen. Das französische Heer ist bereits ein buntes Völkergemisch aus aller Herren Länder. Aber weder die polnische Legion noch die tschechisch-slawische Hilfsarmee, die russische Division, die zahlreichen Farbigen im Heere können die Lücken schließen, die die ungeheuren Verluste, vor allem die des letzten Jahres, in die französischen Reihen gerissen haben. Deshalb werden alle irgend verwendbaren Leute zum Heeres- und Arbeitsdienst herangezogen. Jetzt hat die französische Regierung aus eigener Initiative, ohne die Kammer zu befragen, eine Amnestie erlassen und die Gesandtschaften und Konsulate aufgefordert, bekanntzugeben, daß Fahnenflüchtige und Unbotmäßige nach Frankreich zurückkehren dürfen, ohne belästigt zu werden. Hinter der französischen Front herrscht ebenfalls ein erstaunliches Völkergewirr. Dort arbeiten Chinesen, Amerikaner, Japaner, Anamiten, Marokkaner, Senegalesen, Kabylen, Araber, kurz, die halbe Welt. Die Sehnsucht nach den Amerikanern ist gerade jetzt in Erwartung deutscher Angriffe größer als je.

Der italienische Krieg.

Der österreichische Tagesbericht

vom 15. Februar meldet vom italienischen Kriegsschauplatze:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Heeresbericht.

Der amtliche italienische Heeresbericht vom 14. Februar lautet: Heftiges Zerstörungsfeuer der beiden Artillerien im judikarischen Tale, im Ostteile der Hochfläche von Asiago und längs der mittleren Piave. Zwischen Gardasee und Etsch drangen unsere kühnen Soldaten durch mehrere Drahtverhaue des Feindes, erreichten in überraschender Weise an zwei Punkten die vorgeschobene feindliche Linie, töteten einige Vorposten und brachten mehrere Gefangene ein. Östlich des Brückenkopfes von Capo Sile zerstörten wir durch eine Mine einen vorgeschobenen feindlichen Posten, dessen Besatzung durch die Explosion getötet wurde. Wir erbeuteten einige Gewehre.

* * *

Der türkische Krieg.

Türkischer Heeresbericht.

Der amtliche türkische Heeresbericht vom 14. Februar lautet: An der Palästinafront bei trockenem Wetter und guten Sichtverhältnissen lebhaftere Patrouillen- und Artillerietätigkeit. An der Diala für uns erfolgreicher Zusammenstoß unserer Patrouille mit einer englischen Aufklärungsabteilung.

* * *

Die Kämpfe zur See.

Wieder 19 000 Tonnen!

W. T.-B. meldet amtlich:

Bei starker Bewachung und Gegenwirkung versenkten unsere U-Boote im Ärmelkanal letzthin 19 000 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelsschiffsraums. Unter den vernichteten Schiffen, von denen die meisten tiefbeladen waren, befanden sich zwei große Dampfer von 6000 Brutto-Registertonnen, deren einer ein Tankdampfer war.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Die Verhandlungen im englischen Unterhause über den U-Bootkrieg richten den Blick auf die unter der ständigen Unsicherheit der Schiffahrt sich vollziehende Ablenkung des britischen Seeverkehrs von den Häfen der englischen Ostküste nach denen Irlands und der Westküste. Die U-Bootsgefahr vor der Themsemündung hat einen solchen Grad erreicht, daß in der englischen Presse das allerdings amtlich widerrufene Gerücht von der Schließung des Londoner Hafens mit großer Bestimmtheit auftreten konnte. Das „Journal of Commerce" stellt unter dem 31. Januar fest, daß neuerdings ein Viertel der gesamten Lebensmittel-Einfuhr Großbritanniens aus oder über irische Häfen komme, von wo sie in Küstenfahrzeugen zu den weiter östlich gelegenen Verbrauchsplätzen überführt wird. Unter Hinweis auf die sich hierbei häufig ereignenden Torpedierungen greift das Blatt den englischen Schiffahrtsminister Moner sehr heftig an, weil er erklärt hatte: Dank der Geleitzüge würden Lebensmittelschiffe so gut beschützt, daß an Weizen im September 1917 nur 3,3 v. H. (!) verloren gingen. Das genannte Fachblatt erläutert diese mit den tatsächlichen Verlusten und mit dem Lebensmittelmangel in England offensichtlich in Widerspruch stehende Erklärung Moners durch die bekannte Tatsache, daß Geleitzüge nur auf Ozeanfahrten Anwendung finden, nicht aber in der Küstenfahrt und im Verkehr mit Irland. Diese Erläuterung gibt wieder einmal einen Begriff von dem Wert amtlicher englischer Meldungen.

Erfolgreicher Torpedobootsvorstoß.

W. T.-B. meldet amtlich:

In der Nacht vom 14. zum 15. Februar griffen unsere Torpedoboote unter der Führung des Korvettenkapitäns Heinecke die starke Bewachung des englischen Kanals zwischen Calais—Dover und Grisnez—Folkestone überraschend an. Ein großes Bewachungsfahrzeug, zahlreiche bewaffnete Fischdampfer und mehrere Motorfahrzeuge wurden zum Kampf gestellt und größtenteils vernichtet. Unsere Torpedoboote erlitten dabei keine Verletzungen und Beschädigungen. Sie sind vollzählig zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

[illegible]

Den „Basler Nachrichten“ zufolge melden die Agenturen Havas und Stefani, daß in der zweiten Februarwoche drei französische und sieben italienische Schiffe versenkt wurden.

„Stockholms Dagbladet“ erfährt aus Gotenburg, daß der schwedische Leuchtdampfer „Italie“ mit 1700 Tonnen vor Peterhead gesunken sei.

Eine spanische Note.

Garcia Prieto berief nach einer Madrider Meldung Pariser Blätter einen Ministerrat zur Behandlung einer neuen Note an Deutschland wegen der Versenkung der spanischen Schiffe „Sebastian“ und „Gefferino“.

Die russische Frage.

Mit einer Verspätung von einigen Tagen werden jetzt die letzten Sitzungsberichte über die Verhandlungen der Friedesdelegationen in Brest-Litowsk veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die vermeintliche Friedenserklärung Trotzkis sich als das gerade Gegenteil einer solchen herausgestellt hat, denn Trotzki hat der Schlußerklärung, daß Rußland unter Verzicht auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages den Kriegszustand für beendet erklärt und den Befehl zur völligen Demobilisierung der russischen Streitkräfte an allen Fronten erteilt, eine Begründung vorausgeschickt, die darin gipfelt, daß die russische Regierung es ablehne, die deutsch-österreichisch-ungarischen Bedingungen zu sanktionieren. Der Staatssekretär v. Kühlmann hat sofort die richtige Folgerung daraus gezogen, indem er erwiderte, daß der Zweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden würde und demgemäß nach Ablauf der vorgesehen Frist die kriegerischen Unternehmungen von selbst wieder aufleben würden; die Demobilisierung einer Partei würde daran weder tatsächlich noch rechtlich etwas ändern.

Dieser Auffassung wird man ohne weiteres zustimmen müssen. Wie berechtigt sie ist, das haben auch die inzwischen eingetretenen Ereignisse nur zu sehr bestätigt. Der Befehl zur Demobilisierung der russischen Armee ist allerdings erteilt und durch Funkspruch den einzelnen Armeeteilen kundgegeben worden, aber er ist wenige Stunden danach wieder zurückgezogen worden. Noch fragwürdiger wird die Sache durch den gestern gemeldeten Funkspruch des russischen Oberkommandierenden der West- und Südwestfront Masnikow, vom 11. Februar, der zwar die Demobilisierung befiehlt, aber ferner anordnet, daß „paralell mit der Demobilisierung die Organisation der roten Armee gehen muß“, um „zu einer gesunden Form des Schutzes von Volk, Land und Revolution gegen ihre Feinde übergehen zu können“. Hiernach handelt es sich lediglich um eine Umformung und Umtaufe der russischen Armee. Besondere Agitationskollegien sind aufgestellt worden, die in ganz Rußland Propaganda für den Eintritt in die „Rote Armee“ machen sollen.

Welchem Zweck soll diese neue Armee dienen? Es ist anzunehmen, daß ein Vorstoß gegen die Ukraine gemacht werden soll, um das von dieser abgeschlossene Friedenswerk wieder zu vernichten, und daß die Bolschewisten ihre Gewaltherrschaft auch auf die Randvölker, mit deren Absonderung sie sich grundsätzlich und theoretisch einverstanden erklärt haben, ausdehnen wollen. Die roten Gardisten verrichten schon die scheußlichsten Greueltaten in Finnland, Esthland usw. In den ganzen russischen Zuständen liegt nach wie vor eine Bedrohung der Sicherheit unseres Landes. Deshalb müssen wir unter allen Umständen auch nach Osten gerüstet bleiben. Am 17. Februar läuft der Waffenstillstandsvertrag fristgerecht ab, wir befinden uns dann wieder, sofern nicht eine Änderung der Lage eintritt, im Kriegszustand mit Rußland.

Besprechungen bei Herrn von Payer.

Wie der „Berl. Lokalanz.“ erfährt, haben gestern aus Anlaß der bevorstehenden Tagung des Reichstages Besprechungen zwischen dem Vizekanzler von Payer und den Vertretern der Parteien begonnen. Gestern Abend wurden nach einander Vertreter der Konservativen und der Sozialdemokraten empfangen.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine im Reichstage.

Wie dem „Vorwärts“ aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird, wird den ersten wichtigen Gegenstand, mit dem sich der Reichstag zu beschäftigen hat, der Friedensvertrag mit der Ukraine bilden. Dieser Beratung werde sich die Etatdebatte anschließen, die voraussichtlich am 25. Februar beginnen werde. In dieser Debatte werde Graf Hertling die äußere und Vizekanzler von Payer die innere Lage des Reiches vertreten.

Die Demobilisierung.

„Temps“ meldet aus Petersburg: Ein Erlaß der Volkskommissare vom 14. Februar ordnet an, daß die Demobilisierung des Heeres bis zum 15. März durchzuführen sei. Von diesem Tage an würden alle Zahlungen und Löhne an die Armee eingestellt.

Über die Art und Weise, wie die russische Demobilisierung durchgeführt wird, so schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, haben wir Telegramme erhalten, welche erkennen lassen, daß auch diese Maßregel der russischen Regierung genau wie ihr Verhalten auf der Friedenskonferenz einen zwiespaltigen Charakter trägt. Es wird demobil gemacht, zu gleicher Zeit aber die Bildung einer Roten Armee angeordnet. Worauf letzten Endes die Russen hinaus wollen, haben wir aus den Verhandlungen in Brest-Litowsk gesehen. Krylenkos Funkspruch an die deutschen Armeen, der offen zu einer Revolutionierung auffordert, und das Vorgehen der Bolschewiki gegen die Fremdvölker sprechen eine deutliche Sprache. In Finnland ist der von den Maximalisten inszenierte Bürgerkrieg in vollem Gange. Über die Greueltaten in Esthland und Livland gehen täglich beglaubigte Nachrichten durch die deutsche Presse. In der Schlußsitzung in Brest-Litowsk hat Herr Trotzki sein offenes Mißvergnügen mit dem Friedensschluß zwischen den Mittelmächten und der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Graf Czernin hat sehr richtig betont, daß dieser Friedensschluß an sich keinen unfreundlichen Akt gegenüber Rußland darstellt, daß aber ein gewisser Unterschied eintreten würde, wenn der Vierbund mit Rußland nicht zum Frieden komme und die ukrainischen Gebiete als neutral, die maximalistischen aber als feindliche betrachtet werden müßten.

Wann der Waffenstillstand im Osten beendet ist, wird in einer Zuschrift an die „Nordd. Allg. Ztg.“ wie folgt beantwortet: Man könnte sagen, daß Trotzki mit seiner Erklärung Deutschland völlig freie Hand gegeben hat, sodaß es alle Rechte aus dem unbeschränkten Kriegszustande wieder ausüben könne, wie denn auch Trotzki sich selbst nicht mehr an die Bestimmungen des Waffenstillstandes hält. Will man ihm aber die siebentägige Kündigungsfrist zugute kommen lassen, so ist der Waffenstillstand vom 15. Dezember spätestens mit dem 17. Februar aufgrund der Erklärung Trotzkis am 10. Februar abgelaufen.

Kein Militärbündnis mit der Ukraine.

Dem „Pester Lloyd“ wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Die Wirkung des Friedensschlusses mit der Ukraine ist umso höher einzuschätzen, als der Vertrag unter außerordentlich günstigen Bedingungen für uns abgeschlossen werden konnte. Die Ukrainer haben uns sehr beträchtliche wirtschaftliche Vorteile eingeräumt, zu deren Erfüllung sie unsere technische, organistische und gegebenenfalls auch militärische Hilfe in Anspruch nehmen können. Die militärische Unterstützung würde sich darauf beziehen, im Einvernehmen mit den ukrainischen Behörden die wichtigsten Stapelplätze und Knotenpunkte gegen etwaige Überfälle bolschewistischer Banden zu sichern. Das ist der Inhalt der getroffenen Vereinbarungen, wie gleich hinzugefügt werden kann, um irrigen Schlußfolgerungen vorzubeugen, der ganze Inhalt. Wir haben in Brest-Litowsk mit der Ukraine kein militärisches Bündnis geschlossen. Wir haben uns nicht etwa verpflichtet, mit ihr gegen das von den Bolschewisten geleitete Rußland zu kämpfen. Wir werden, falls die Machtmittel der Ukraine nicht ausreichen sollten, zusammen mit ihren Behörden den Sicherungsdienst organisieren, nichts weiter. Schon daraus ergibt sich, daß die Vorstellung völlig irrig wäre, als ob wir eine große militärische Expedition nach der Ukraine beabsichtigen. Wir werden vielmehr der Ukraine bei der Organisation eines Gendarmeriedienstes behilflich sein. Mit dem abgeschlossenen Frieden dürfen sowohl wir wie die Ukraine vollkommen zufrieden sein. Es liegt der vorbildliche Fall eines geraden, idealen Friedensschlusses vor, der beide Teile befriedigt und bei dem keiner dem andern etwas vorzuwerfen oder nachzutragen hat.

Um die Früchte des Ukrainischen Friedens.

Der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung“ erklärt, es seien bestimmte Nachrichten darüber eingelaufen, daß die Bolschewiki bereits Truppenverschiebungen vornehmen, um sie gegen die Ukraine zu werfen. Ein Feldzug Trotzkis mit freigewordenen russischen Truppen gegen die Ukraine bedeutet die größte Gefahr für das neue ukrainische Staatswesen und für die etwaigen Früchte des Friedens mit der Ukraine. Es ist bekannt, daß die Rada ihren Regierungssitz inzwischen nach Shitomir verlegt hat, angeblich, weil von dort eine bessere Verbindung mit Wien hergestellt werden könnte. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß die Bolschewiki sich weiter in der Ukraine ausgedehnt und einen Erfolg in Kiew davongetragen haben, ja aller Wahrscheinlichkeit nach wird Kiew von ihnen überhaupt besetzt sein. Mit dieser Wahrscheinlichkeit werden wir uns abzufinden haben. Man ist sich aber an maßgebender Stelle vollkommen darüber klar, daß eine weitere Entwickelung der Bolschewiki in der Ukraine den praktischen Erfolg des „Brotfriedens“ in Frage stellen kann.

Die strategische Zwangslage Rumäniens.

Rumänien ist durch den Friedensschluß mit der Ukraine und die Erklärung Trotzkis über Beendigung des Kriegszustandes in eine verzweifelte Lage geraten, die es, wie Serbien, Griechenland, Montenegro und Rußland lediglich den Kriegsverlängerern Lloyd George und Clemenceau verdankt. Wiederholt war von der deutschen Regierung allen Feinden ein ehrenvoller Friede angeboten. Im eigenen imperialistischen Interesse handelnd, wiesen Clemenceau und Lloyd George, letzterer mit eines Staatsmannes unwürdigen beleidigenden Äußerungen, rücksichtslos und unbekümmert um das Schicksal der kleinen Staaten, die sie mit Geld und Gewalt in den mörderischen Krieg getrieben hatten, die deutsche Friedenshand zurück. Wieder einmal bewahrheitet sich das Wort: Wer Englands Brot ißt, stirbt daran! Auch die Verantwortung für das über Rumänien hereingebrochene Unglück fällt auf diese beiden Ententestaatmänner zurück, die mit allen Mitteln bemüht sind, den Völkerfrieden zu verhindern.

Kühlmann reist nicht nach Bukarest.

Die in auswärtigen Blättern verbreitete Meldung, Staatssekretär von Kühlmann reise am Sonnabend nach Bukarest, ist unzutreffend.

Die Besprechungen mit den Rumänen.

Zwischen dem Vierbund und den rumänischen Unterhändlern haben, wie das „Berl. Tagebl“ hört, bisher eigentliche Verhandlungen noch nicht begonnen. Zweck dieser Besprechungen ist natürlich, auch Klarheit über die weiteren Absichten Rumäniens zu schaffen. Sollte eine Grundlage für Verhandlungen sich ergeben, so würde möglicherweise Herr v. Kühlmann zur Teilnahme an ihnen nach Bukarest fahren. Irgend etwas Bestimmtes läßt sich darüber einstweilen aber nicht sagen. Zunächst wird sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes für einige Tage zur Erholung aufs Land begeben.

Deutsches Reich.

Berlin, 15 Februar 1918

— Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. v. Krause ist gestern Abend 9 Uhr in Darmstandt eingetroffen. Er stattete heute Vormittag dem Staatsminister Dr. v. Ewald einen Besuch ab und wurde um 1 Uhr vom Großherzog in Audienz empfangen.

— Zur Verlegung des brandenburgischen Oberpräsidiums in Potsdam wird mitgeteilt, daß nur eine vorläufige Regelung geschaffen würde über die nähere Einzelheiten noch nicht feststehen. Die endgültige Verlegung wird nach Charlottenburg erfolgen.

— Im Wahlkreis Niederbarnim hat die konservative Partei den Amtsvorsteher Kühn (Birkenwerder) als Kandidaten aufgestellt. Damit hat sich die Zahl der Kandidaturen in dem Riesenwahlkreis auf fünf vermehrt.

Koblenz, 15. Februar. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Landkreise Koblenz—St. Goar erhielt Pfarrer Greber 5287 Stimmen, Generalleutnant Freiherr v. Steinaecker, der offizielle Zentrumskandidat, 4609 Stimmen. Pfarrer Greber ist somit gewählt.

Stuttgart, 15. Februar. In Warmbronn bei Leonberg ist heute früh der schwäbische Volksdichter Christian Wagner im Alter von 82 Jahren gestorben.

Die Krisis in England.

Lloyd Georges politische Krankheit.

Lloyd George leidet an einer leichten Erkältung. Er ist an das Haus gefesselt, jedoch imstande, die Geschäfte weiter zu führen.

Umbildung des englischen Kabinetts?

Nach dem Londoner Mitarbeiter des „Handelsblad“ veröffentlicht die „Times“ einen Brief von Lord Cecil, worin dieser, offenbar im Hinblick auf die im Unterhause durch die Auseinandersetzung zwischen Asquith und Lloyd George entstandene Lage, davor warnt, es zu einem offenen Zwist kommen zu lassen, der einen ungünstigen Eindruck im Auslande machen müsse. Cecil huldigt Asquith wegen seiner ehrlichen Kritik, die nichts mit pazifistischen Bestrebungen zu tun habe. Asquith und Lloyd George seien jedenfalls einig darin, daß der Krieg zu einem guten Ende geführt werden müsse. Da aber bei der gegenwärtigen Stimmung im Unterhause keiner von beiden eine Mehrheit auf sich vereinigen kann, die der notwendigen Einmütigkeit des Hauses nahe komme, so sei die Umbildung des gegenwärtigen Kabinetts in der Weise zu empfehlen, daß unter neuer Leitung Asquith und Lloyd George zusammen arbeiten müßten. Anschließend daran bemerkt der Vertreter des „Handelsblad“: Für diese neue Leitung komme vielleicht der jetzige Blockademinister Lord Robert Cecil in Frage.

Rücktritt Lord Derbys?

Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge berichten englische Blätter: Neuerdings gehen Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt Lord Derbys um. Man erwartet auch den Rücktritt mehrerer Mitglieder des Generalstabes, indessen nimmt man an, daß Generalstabschef Robertson auf seinem Posten verbleiben werde.

Zur Lage in Rußland.

Der russische Wirrwarr.

Der Rat von Saratow hat den Astrachan-Kasaken den Krieg erklärt.

Die Waffe zur Weltrevolution.

Die „Prawda“ begrüßt die Rote Armee als wahre Waffe des Triumphes der sozialistischen Weltrevolution und des Unterganges des Kapitalismus.

Die Organisation der Roten Armee wird den örtlichen (Gouvernements-, Kreis- usw.) Räten übertragen, innerhalb der Armee den Frontkomitees der Armeen, Korps und Divisionen. Die Räte begründen hierfür besondere Ausschüsse, die Armee stellt besondere Stäbe der Roten Armee auf.

Die bolschewistische Landverteilung.

„Djelo Naroda“ verurteilt im Leitartikel scharf das Gesetz der bolschewistischen Regierung über die Landverteilung. Sie schreibt wörtlich: „Es ist ein Verbrechen, eine so verwickelte und schwierige Frage durch ein schlecht redigiertes Dekret lösen zu wollen.“ Auch „Wjek“ beklagt von neuem die mangelhafte Technik der Gesetzgebung und Verwaltung, für die das Dekret über die Gewissensfreiheit ein neuer Beweis sei.

Englands Stellung zu Rußland.

Im englischen Unterhause sagte gestern Lord Robert Cecil in Beantwortung einiger Fragen, daß die Stellung Englands zu Rußland so dunkel sei, daß es unmöglich sei, jetzt eine Erklärung abzugeben, ob Rußland als Bundesgenosse, als Neutraler oder als Feind betrachtet werden müsse.

Keine Einziehung der russischen Untertanen.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant“ erfährt aus London: Es wurde bekannt gemacht, daß russische Untertanen, die gemäß der russisch-englischen Übereinkunft der Dienstpflicht in Großbritannien unterworfen waren, bis auf weiteren Befehl nicht ausgebildet werden sollen.

Finnland und Schweden.

Das schwedische Telegraphen-Büro meldet amtlich aus Stockholm: Die zweite schwedische Schiffsexpedition nach Finnland verließ Mäntyluoto auf der Rückfahrt nach Schweden am Nachmittag des 14. Februar mit 639 Passagieren. Der Chef der Rettungsexpedition hat nach Aaland telegraphiert, daß die ganze Expedition auf Eckeroe, einer der größten von den Aalandsinseln, angelangt sei und daß alles dort wohl sei. Der Dampfer „Runeberg“ nahm 29 Einwohner von Eckeroe mit.

Ein Mitarbeiter des Blattes „Socialdemokraten“ wird nach Finnland reisen, um die finnischen Sozialdemokraten für den Gedanken einer schwedischen Vermittelung zwischen den beiden kämpfenden Parteien zu gewinnen oder wenigstens einen Waffenstillstand herbeizuführen. Darauf habe die finnische Regierung geantwortet, eine Vermittelung sei unannehmbar, ein Waffenstillstand aber möglich.

Die verzweifelte Lage Aalands.

Die Mitglieder der schwedischen Aalandsdeputation veröffentlichen einen Artikel über die verzweifelte Lage Aalands. Durch den Ausbruch der schweren Unruhen in Südfinnland und den Abbruch der Verbindungen mit Petersburg ist die Lebensmittellage der Insel noch beunruhigender als vorher geworden. Die russischen Soldaten sind jetzt ausschließlich auf die Vorräte der Bevölkerung angewiesen, die nach den Berechnungen der Bevölkerung höchstens bis Ende März ausreichen können; wenn aber die russischen Soldaten jetzt auch an diesen Vorräten zehren, werden diese natürlich in erschreckender Weise zu Ende gehen. Unter solchen Umständen kann man sich leicht denken, daß Zusammenstöße entstehen können, wobei Massaker zu befürchten sind. Die Bevölkerung ist zwar zahlreicher als die Soldaten, verfügt aber nur über etwa 50 Gewehre und ist ohne Ausbildung, da die Versuche einer militärischen Organisation von Seiten der Russen Gegenstand einer verdächtigen Aufmerksamkeit geworden sind. Die Zukunftsaussichten scheinen verzweifelt und doch wäre den Einwohnern leicht zu helfen, wenn man von Schweden aus ein Hilfskorps, aus 500 oder 600 Mann bestehend und unter zielbewußter Leitung, oder auch ein schwedisches Kriegsschiff hinsenden möchte, um das Leben der wehrlosen Bevölkerung zu schützen, die Soldatenhorden in Schach zu halten und sie zu veranlassen, nach Rußland zurückzukehren. Eine solche Expedition wäre um so begründeter, als viele schwedische Untertanen sich auf Aaland aufhalten und sie ebenso bedroht sind wie die übrigen Einwohner. Die Bevölkerung Aalands hofft daß Schweden, welches sein Interesse für die Wiedervereinigung der Inseln mit Schweden erklärt hat, sich nicht nur für die nackten Inseln und Schären interessiert, sondern auch für die auf den Inseln wohnenden Menschen.

Auf Ersuchen der schwedischen Regierung reiste am 15. Februar der Vertreter der Bolschewiki-Regierung Worowsky auf einem schwedischen Kriegsschiff nach den Aalandsinseln ab, um die dortigen russischen Soldaten dazu zu bewegen, sich Gewalttaten zu enthalten und Aaland auf geeignete Weise, eventuell auf schwedischen Schiffen zu verlassen.

Provinzialnachrichten.

r **Graudenz, 15. Februar.** (Wichtige Fragen) hat die nächste Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden. Es handelt sich zunächst um den Verkauf des städtischen Hotelgrundstücks „Schwarzer Adler“ und des Theatergrundstücks. Die Stadt erwarb das Grundstück vor langen Jahren und steckte viel Geld in das Projekt, um mal später auf dem

Grundstück ein modernes Theater zu errichten. Inzwischen hat die Stadt dadurch ein gutes Geschäft gemacht, indem sie ein auf dem Grundstück belegenes kleines Gebäude als Kino für 100 000 Mark verkaufte. Das Adlergrundstück selbst hat nun auch einen guten Käufer gefunden. Verkauft die Stadt das Grundstück — und dies ist inanbetracht des guten Gebotes wohl zu erwarten —, dann hat Graudenz seinen schönen Theaterplatz für einen Neubau verloren; denn der Käufer will dort ein modernes Etablissement errichten. Der zweite wichtige Punkt ist die Verwertung des von der Stadt vor dem Kriege für 1 Million Mark erworbenen Gutes Kunterstein, das zurzeit verpachtet ist. Es wurde seinerzeit dazu erworben, um den Stadtbereich zu vergrößern und Baugelände zur Errichtung eines ganz neuen Stadtteiles zur Verfügung zu haben. Ferner soll der Kämmereihof vom Elektrizitätswerk erworben werden, damit ein Ausbau und eine Vergrößerung möglich ist.

Stettin, 15. Februar. (Die Räucherkammer völlig ausgeräumt) wurde der Witwe Oertel in Scheune bei Stettin. Den unbekannten Dieben fielen 18 Schinken, 30 Speckseiten und gegen 90 Würste in die Hände. Die Räucherwaren, die erst wenige Tage im Rauch hingen, stammten aus Hausschlachtungen von Arbeitern und kleinen Eigentümern, die bei der Witwe Oertel räuchern ließen.

„Die Welt im Bild“.

Der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitung ist die Nr. 7 der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Die Welt im Bild“ in den für die festen Bezieher bestimmten Exemplaren beigefügt.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 17. Februar. 1917 Erfolgreicher deutscher Luftschiffangriff auf Boulogne. 1916 Besetzung von Kavaja in Albanien. 1915 Wiedereroberung von Czernowitz. 1913 Ankündigung der großen französischen Heeresvorlage. 1912 † Graf Aloys von Aehrenthal, österreichischer Minister des Äußern. 1905 Ermordung des russischen Großfürsten Sergius. 1871 Ernennung Thiers zum Chef der Exekutivgewalt der französischen Republik. 1855 * Heinrich Heine, deutscher Dichter. 1842 * Reichstagspräsident Kaempf. 1827 † Heinrich Pestalozzi, berühmter Pädagoge. 1819 * Max Schneckenburger, der Dichter der „Wacht am Rhein“.

18. Februar. 1917 Scheitern englischer Angriffe bei Messines. 1916 Scheitern der russischen Offensive in Beßarabien. 1915 Eroberung von Tauroggen. Beginn der deutschen U-Bootblockade. 1913 Amtsantritt des Präsidenten Poincaré. 1890 † Graf Andrassy, hervorragender ungarischer Staatsmann. 1871 Einrücken deutscher Truppen in die Festung Belfort. 1855 * Marschall Liman von Sanders, der Verteidiger der Dardanellen. 1842 * Dr. Kaempf, Präsident des deutschen Reichstages.

Thorn, 16. Februar 1918.

— (Das Eiserne Kreuz.) Mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse wurden ausgezeichnet: Musketier Franz Sonka aus Obergruppe; Husar Alfred Nägler aus Graudenz; Kanonier Anton Maczkowski aus Schwetz; Musketier, Besitzersohn Richard Witt aus Taschauerfelde, Kreis Schwetz.

— (Personalveränderungen in der Armee.) Prigge, Rittmeister von der Armee, früher im Ul.-Regt. 4, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Generalstabes erteilt; von Klaeden, Hauptmann a. D. (Münsterberg), früher Oberleutnant im Pion.-Batl. 17, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des genannten Batls. erteilt; als Leutnant mit Patent vom 20. Oktober 1915 angestellt: der Leutnant d. R. Fehlauer (Thorn) im Fußart.-Regt. 7; zum Leutnant d. R. befördert: der Vizefeldwebel Tonn (Thorn); zum Leutnant d. L.-Fußart. 1. Aufgebots befördert: der Vizefeldwebel Giese (Thorn).

— (Reifeprüfung.) Gestern bestanden am Realgymnasium auch die sechs übrigen Prüflinge das Abiturienten-Examen, nämlich die Oberprimaner Balczewski, von Dzigielewski, Koerner, Neipert, Wohlfeil und Wolff. — In der heute im Gymnasium stattgefundenen Prüfung bestanden das Examen die Oberprimaner Landshut, Moskiewicz und Oelkke.

— (Vortrag: „Alt-Westpreußische Möbelkunst.“) Herr Museumsdirektor Dr. Secker-Danzig sprach gestern Abend im kleinen Artushofsaale, im Auftrage des Vereins für bildende Kunst und Kunstgewerbe über das Thema: „Alt-westpreußische Möbelkunst“. Der Redner, der den Thornern durch seinen vor fünf Jahren an der gleichen Stelle gehaltenen Vortrag über die Töpferkunst Westpreußens bekannt geworden, leitete die von ihm gezeigten Lichtbilder-Serien mit einigen Worten über den Begriff des Wortes „Kunst“ ein und erbrachte den Beweis, daß ein jedes Werk der Kunst ein Lebewesen ist, dem der Meister, der es in die Welt gesetzt, von seinem eigenen Blute soviel mitgegeben hat, daß es leben kann. Die Kunst in Westpreußen zeigt drei Zentren: Danzig, Elbing und Thorn, und jede einzelne Stadt ist, soweit die Kunst infrage steht, nicht persönlich, aber landschaftlich von der andern unterschieden. Alle drei Städte zeigen, besonders in der Barockzeit, keine ausgesprochen eigene Kunstrichtung, sondern waren zum großen Teil vom Auslande abhängig, Danzig von Holland, Elbing von Lübeck, während Thorn von dem in der Kunst intimen Danzig einerseits und dem großzügigen Elbing andererseits profitierte. In der künstlerischen Geschmacksrichtung zeigt sich wiederum Danzig bürgerlich, Elbing kirchlich und Thorn mehr ländlich und derb. Dies rührt zu einem guten Teil von der Tatsache her, daß, ebenso wie Möbel auf die Menschen, auch Menschen auf die Möbel abfärben. Redner zeigte nunmehr im Bilde einige Modelle der Töpferkunst aus der Zeit von 1650 bis 1800 und ging dann zur bürgerlichen Möbelkunst, die in Danzig beheimatet, über. Klare Bilder leiteten aus der Barockzeit in die mehr und mehr eleganter gewordene jüngere Zeit über, in der an die Stelle des malerischen ein mehr plastisches Bedürfnis getreten ist, insbesondere in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Die kirchliche Kunst, die in Elbing beheimatet, zeigte in ihrer ganzen Entwickelung eine weniger barocke als malerische Geschmacksrichtung, die allerdings so phantastische Formen annahm, daß man heute darüber lächeln müßte. Die bäuerliche Kunst ist in Thorn beheimatet, wenngleich Thorn von der Elbinger Art viel aufgenommen hat. Redner zeigte an Hand einzelner Aufnahmen, wie beispielsweise solcher von Türen des Thorner Rathauses, der Eingangstür zum Roten Speicher in der Baderstraße usw., die ungeahnte Pracht der kirchlichen Geschmacksrichtung, die, ohne jeglichen Zusammenhang aufzuweisen, in allen möglichen Figuren ihren Ausdruck fand und auch auf die bürgerliche und derbe bäuerliche Kunst abfärbte. Wie grotesk sich bisweilen die bäuerliche Kunst, die zumteil in die heutige Zeit übernommen ist, äußert, zeigte ein die Austreibung Adams und Evas aus dem Paradiese darstellendes Bild, auf dem Adam mit einem aufgebürsteten Schnurrbart erschien. Dessenungeachtet zeigt diese Geschmacksrichtung, ein Gemisch von bäuerlicher und holländischer Kunst, recht malerische Gebilde. Die heutige Zeit hat diese Kunstrichtungen von Grund auf geändert, und an die Stelle des verschnörkelten Barockstils ist die ruhige Linie getreten. Bei aller Liebe für das Alte dürfen wir nicht gar zu lüstern auf das Alte schauen, geschweige denn für den Barockstil schwärmen, der zu den Bestrebungen unserer heutigen Zeit nicht paßt. Zu unserem einfachen Schnitt der Kleider, zu unserer einfachen Lebensweise gehört eine sich von allen Übertreibungen freihaltende, ruhige Linie. Das sollte besonders auch in den Möbeln zum Ausdruck kommen. Mit Goethes Worten: „Altestes bewahrt mit Treue, freundlich aufgefaßt das Neue!“ schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag.

— (Der Militäranwärter-Verein) hielt am 10. d. Mts. im Schützenhause eine Versammlung ab, die gut besucht war. Der 1. Vorsitzer, Kamerad Krüger, gedachte des Geburtstages des Kaisers und brachte das Kaiserhoch aus. Das Andenken der verstorbenen Kameraden Treptow und Nierzwicki wurde in üblicher Weise geehrt. Die Eingänge wurden verlesen und besprochen. 22 Kameraden wurde das Vereinsabzeichen für 10jährige Zugehörigkeit zum Bunde deutscher Militäranwärter überreicht. Auch wurde bekanntgegeben, daß 5 Kameraden mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichnet sind. Nach Beendigung des geschäftlichen Teils hielt Kamerad Vogler aus Dortmund einen spannenden Vortrag über seine Erlebnisse als Flieger auf verschiedenen Kriegsschauplätzen. Für den schönen und verständlichen Vortrag wurde ihm der Dank des Vereins ausgesprochen.

— (Vaterl. Unterhaltungsabend.) Für die Schüler der beiden Präparanden-Anstalten und Seminare findet kommenden Dienstag, abends 5 Uhr, im Saale des „Tivoli“ ein vaterländischer Unterhaltungsabend statt, wozu auch die Lehrer mit Angehörigen eingeladen werden. Mitwirkende sind: die Kapelle des Ers.-Batls. Inf.-Regts. 176 unter Leitung des Herrn von Wilmsdorff, der Chor der Mädchen-Mittelschule unter Leitung des Herrn Simon, der Knabenchor des Herrn Rektor Krause, die Herren Frenkel, Kauffmann, Hirschfeld und Elsner, die Jungmannen Redetzki und Lüdecke. Die Ansprache hat Herr Oberlehrer Johannes übernommen. Herr Leutnant Darius hält einen Lichtbildervortrag über „Hamburg und sein Welthandel“.

— (Thorner Stadttheater.) Aus dem Theaterbüro: Morgen, Sonntag, nachmittags geht bei ermäßigten Preisen die Schlager-Operette „Der Soldat der Marie“ in Szene. Abends wird die zugkräftige Neuheit „Die tolle Komteß“ zum erstenmale wiederholt. Der Dienstag bringt eine Wiederholung von „Staatsanwalt Alexander“, Mittwoch: Benefiz Kurt Schlegel, zum erstenmale „Der Bettelstudent“.

— (Die Bergung der abgetriebenen Holztraften.) Die Bergung der beim Eintritt des Eisganges auf der Weichsel bei Wloclawek, Thorn und Schulitz fortgetriebenen Holztraften hat nunmehr die Kriegs-Rohstoff-Abteilung übernommen, da ihr selbst ein großer Teil des fraglichen Holzes gehört. Sie hat sofort ein „Bergungsunternehmen“ ins Leben gerufen, dem mehrere Offiziere und als Vertreter des Holzhandels der bekannte Holzimporteur S. F. Fewelowski-Danzig angehören. Sämtliche Hölzer und Traften, die sich unterhalb der Stadt Graudenz befinden, sind zunächst vom stellv. Generalkommando zu Danzig beschlagnahmt. Sie sollen gemeinsam durch die Kriegs-Rohstoff-Abteilung verwertet werden zwecks späterer Verrechnung mit den einzelnen Interessenten. Dabei ist ein Verkauf von Hölzern, die über das Gebiet von Schulitz hinaus vom Eise auf die Weichsel getrieben wurden, nicht beabsichtigt. Durch das tatkräftige Eingreifen aller maßgebenden Stellen ist es vor allem gelungen, ein Abschwimmen der Hölzer in die See zu verhindern, sodaß die Hölzer mit nur ganz geringen Verlusten geborgen werden können. Die Bergungskosten sind allerdings recht erheblich, sollen aber anteilig festgestellt und erhoben werden.

— (Zwangsversteigerung.) In dem Zwangsversteigerungsverfahren des in Thorn, Brückenstraße 38 und Mauerstraße 37 belegenen, auf den Namen der Bank Ludowy, e. G. m. u. H., in Thorn eingetragenen Grundstücks wurde heute die Erteilung des Zuschlags an den Meistbietenden, Kaufmann Gustav Behrendt von hier, Baderstr. 1, versagt. Herr B. war bekanntlich im Versteigerungstermin mit dem bar zu zahlenden Gebot von 42 610 Mark unter gleichzeitiger Übernahme von zwei kleinen Lasten Meistbietender geblieben. Der Erteilung des Zuschlags war von einer polnischen Bank in Posen widersprochen worden, da ihre Hypothek innerhalb der ersten drei Viertelle des zur Berechnung des Reichsstempels für den Zuschlagsbeschluß festgesetzten Wertes des Grundstücks steht und sie durch das Gebot des Herrn Behrendt nicht gedeckt wird, zumal Aussicht besteht, daß im neuen Versteigerungstermin ein höheres Gebot abgegeben werden wird. Das Grundstück soll einen Wert von 60 000 Mark haben. Neuer Termin zur Versteigerung des Grundstücks ist auf den 11. Mai d. Js. anberaumt. Die Zwangsverwaltung des Grundstücks bleibt bestehen.

— (Ein Gaunerstreich) wurde vor einigen Tagen von dem 24 Jahre alten Handlungsgehilfen Marian F. in Thorn ausgeführt. Er hatte in einer Buchhandlung der Altstadt eine Zeitungsnummer gekauft und in dieser eine Postanweisung auf 500 Mark gefunden, die versehentlich hineingeraten war. Am nächsten Tage kehrte er in das Geschäft zurück und ersuchte die Inhaberin, ihm über einige Karten, die er gestern gekauft, eine Quittung auszustellen, die seine Braut im „Dreimäderlhaus“ wünsche. Nach dem so erlangten Muster fälschte er die Unterschrift der Postanweisung, und obwohl diese rechtzeitig gesperrt war, gelang es ihm infolge Fahrlässigkeit eines Beamten, das Geld abzuheben. Als der Inhaberin die Unterschrift vorgelegt wurde, fiel ihr die eigentümliche Forderung der Quittung wieder ein, und so wurde schließlich der Täter ermittelt. Das Geld, von dem er nur etwas über 3 Mark verbraucht hatte, konnte der rechtmäßigen Eigentümerin zurückgestellt werden. Sonst hätte der Beamte dafür aufkommen müssen.

— (Taschendiebstähle) sind auf dem hiesigen Stadtbahnhof von drei 15—16jährigen Burschen ausgeführt worden. Einer Frau wurde aus der Handtasche ein Portemonnaie mit 150 Mark Inhalt gestohlen. Bei der Festnahme der Diebe fand man gegen 500 Mark bei ihnen vor. Wie sie eingestanden, haben sie auch auf den Bahnhöfen von Graudenz und Culmsee Taschendiebstähle ausgeführt.

— (Einbruchsdiebstähle.) In den Nächten zum 3. und 11. Februar ist in der Zigarettenfabrik von Kaliski, Brückenstraße, ein Einbruch verübt, wobei Waren und auch Butter und Wurst im Gesamtwerte von 2462 Mark entwendet wurden. Als Täter wurden sieben junge Burschen im Alter von 14—18 Jahren und ein 8jähriger Schüler, sämtlich aus der Innenstadt Thorn, ermittelt. Die Rauchwaren haben sie zu Schleuderpreisen veräußert. — In der Nacht zum 14. Februar brachen der viel gesuchte 18jährige Arbeiter Franz Ciechoracki und der gleichaltrige Arbeiter Johann Fialkowski, beide aus Thorn, im Kaiser-Automaten in der Breitenstraße ein und entwendeten aus einem erbrochenen Behälter 146 Mark. Sie wurden von dem diensthabenden Beamten auf frischer Tat ertappt und festgenommen.

— (Gefunden) wurden ein Taschenmesser und ein Schlüssel.

— (Zugelaufen) sind zwei Hühner (bei Meinas, Schillerstraße).

Aus dem Landkreise Thorn, 16. Februar. (Ein vaterl. Unterhaltungsabend) findet am Montag, abends 6 Uhr, in Lulkau statt. Neben Ansprachen der Herren Kreisschulinspektor Biewald und Oberlehrer Johannes werden unsere bekannten und beliebten Thorner Feldgrauen mit musikalischen, gesanglichen und heiteren Vorträgen erfreuen.

Thorner Stadttheater.

„Hohe Politik.“ Schwank in 3 Akten von Richard Skowronek.

Am Freitag wurde als Neuheit ein Stück von Skowronek, betitelt „Hohe Politik“, gegeben. Der Dichter bezeichnet es, in rechter Einschätzung, als Schwank, denn die Handlung — ein jüdischer Kommissionär aus Berlin, der eine Malerin in die Hauptstadt eines kleinen Fürstentums begleitet, wird hier durch eine Verkettung von Umständen in die hohe Politik hineingezogen und bringt, wofür sich der Minister vergeblich müht, die Verlobung des Fürsten zustande, damit von dem Lande das Verhängnis, an Preußen zu fallen, abwendend, — ist völlig schwankhaft. Es bleibt daher, ohne höhere Anforderungen zu stellen, nur zu untersuchen, welcher Art der Schwank ist. Im ersten Akt, der wie ein Lustspiel anmutet, ist er fein und geistvoll, wie auch ziemlich original in der Erfindung; in den folgenden sinkt er aber zu einer verlegenen, verworrenen, geschmacklosen Burleske hinab, die in den sentimentalen Szenen, die der Verfasser, anscheinend in bestimmter Absicht, eingelegt, besonders unerquicklich ist. Die Darstellung, unter Leitung des Herrn Gebhardt, war gut und im ersten Akt, an dem man seine Freude hatte, musterhaft. Daß die folgenden so stark abfielen, ist zumteil auf den Fehler zurückzuführen, die burlesken Dienstmädchen-Szenen, man könnte sie schon Malti-Szenen nennen, zu stark übertrieben und die sentimentalen Einlagen zu breit behandelt waren, statt diese durch Abtönung und Kürzung in Harmonie mit dem Ganzen zu bringen. Was das Einzelspiel anbetrifft, so fand die Stern-Rolle des „Kommissionärs“ — eine alte, schon aus dem Heine-Stück bekannte Figur, die aber eine eigene, glückliche Behandlung erfahren hat, — durch Herrn Gebhardt eine glänzende Verkörperung, der es zu danken, daß das Stück auch in einzelnen Szenen der letzten Akte noch einigen Erfolg hatte und sich leidlich über Wasser hielt. Auch die Träger der mittleren Rollen verdienen volle Anerkennung: Herr Brandt, als „Herzog“ auch die rechte Bühnenerscheinung; Fräulein Hartenfels, die ihrer Darstellung der „Malerin“ ein lustspielartiges Gepräge gab; Herr Blank als „Direktor“, dem nur noch mehr weltmännische Sicherheit und Gewandtheit zu wünschen gewesen; Herr Meiersdorf, der den „Minister“ sehr befriedigend gab. Fräulein Gühne als „Prinzessin“ zeigte, daß man am Theater auch ohne teure Kostüme Erfolge erringen kann. Herr Kleiber brachte sich in der kleinen Rolle des „Boten Schöpfle“ gut zur Geltung. Fräulein Malti gab das „Dienstmädchen“ in dem Stil, den sie geschaffen, doch wäre, wie bemerkt, eine Anpassung an die höfische Umgebung am Platze gewesen. Aus dem „Kammerdiener Merk“ hätte auch ein anderer als Herr Philippsborn nichts machen können. Das Haus war schwächer als sonst besetzt. Z

Liebesgaben für unsere Truppen.

Es gingen weiter ein:
Sammelstelle bei Frau Kommerzienrat Dietrich, Breitestraße 35: Fürs Rote Kreuz: Körner-Hofleben 30 Mark.

Letzte Nachrichten.

Vom Bundesrat.

Berlin, 16. Februar. In der heutigen Bundesratssitzung gelangten zur Annahme der Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen, der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhinderung von Mutterschaft.

Rückkehr der Petersburger Kommissionen.

Berlin, 16. Februar. Amtlich. Die deutsche Kommission, sowie die Kommissionen der verbündeten Staaten haben Petersburg gestern verlassen und heute Morgen auf dem Rückwege die deutschen Linien passiert.

Diese Maßnahme der zuständigen Stellen, die vom ganzen Volke mit Genugtuung aufgenommen werden wird, dürfte gleichzeitig als Antwort auf die sonderbare Zumutung Trotzkis dienen, die Mittelmächte könnten ja, wenn sie noch etwas mit Rußland zu unterhandeln hätten, sich zu diesem Zweck nach Petersburg wenden. Vergegenwärtigt man sich gleichzeitig den scharfen Protest der deutschen Kommission gegen die von der russischen Regierung beabsichtigte Verschleppung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen nach dem Gouvernement Orenburg, so wird mit jedem Tage mehr ersichtlich, daß es Herrn Trotzki ganz und garnicht um die Herstellung des Friedenszustandes zu tun ist. Die Mittelmächte werden deshalb danach ihre eigenen Maßnahmen militärischer und politischer Natur mit der gebotenen Beschleunigung einzurichten haben.

Rettung für Esthland!

Berlin, 16. Februar. In Oesel soeben eingetroffene esthnische Flüchtlinge melden, daß die Maximalisten in Rußland und Esthland zahlreiche Deutsche und deutschfreundliche Esthen verhaftet haben, und daß bisher in Reval über tausend interniert worden sind. Die Balten bäten die deutsche Regierung dringend um sofortige Hilfe, da sie sonst dem Untergang geweiht seien.

Die Opposition der österreichischen Polen.

Wien, 16. Februar. Meldung des Wiener k. und k. Telegraphen-Korrespondenzbüros. In der heutigen Sitzung der parlamentarischen Kommission des Polenklubs berichtete, wie die „Polnischen Nachrichten“ melden, der Klub-Obmann Götz über die von dem Ministerpräsidenten Dr. von Seidler am 11. Februar abgegebene Erklärung über die von den Polen gegenüber der Regierung wegen des mit der Ukraine abgeschlossenen Friedensvertrages einzunehmende Haltung. Die parlamentarische Kommission nahm einmütig und mit Anerkennung den vom Klub-Obmann gemachten Schritt zur Kenntnis. Hierauf entwickelte sich eine mehrstündige Debatte über die dem Polenklub zu erstattenden Vorschläge bezüglich des weiteren Vorgehens. In der Debatte, welche die Entrüstung der Nation und die Bereitwilligkeit, ihre Rechte zu verteidigen, widerspiegelte, wurde vollkommenste Übereinstimmung der Ansichten sowohl in der Beurteilung der Ereignisse der letzten Tage als auch in der Haltung, welche die Nation in der polnischen Frage einzunehmen gezwungen ist, festgestellt.

Durch Minen vernichtet.

Amsterdam, 15. Februar. Wie die niederländische Telegraphen-Agentur erfährt, ist gestern Mittag in der Ooster Schelde das Dampf-Lotsenboot 14 beim Suchen nach einer von Fischerfahrzeugen gemeldeten Mine durch unterseeische Explosion gesunken. Ebenso ist das Fischerfahrzeug „Arnemuiden 16“, das an der Nachsuchung beteiligt war, in die Luft geflogen. Von der Bemannung des Opfers sind der Kommandant und 5 Mann der Besatzung ums Leben gekommen, außerdem 3 Mann von der Besatzung der „Arnemuiden 16“.

50 Kinder verbrannt.

London, 15. Februar. Nach Blättermeldungen aus Montreal kamen bei einem Brande des Klosters der Grauen Schwestern 50 Kinder, die im vierten Stockwerk schliefen, ums Leben.

Die Rationierung der Neutralen.

Washington, 15. Februar. Reutermeldung. Wilson hat durch eine Bekanntmachung verfügt, daß für die Ein- und Ausfuhr aller Lebensmittel vom 16. Februar ab eine Erlaubnis durch das Kriegshandelsamt eingeholt werden muß.

Berliner Börse.

Auch gestern blieb an der Börse ausgesprochene Zurückhaltung vorherrschend. Die Grundstimmung war bei weiter abbröckelnden Kursen überwiegend schwach, die Kursveränderungen halten sich aber in engen Grenzen. Stärker rückgängig waren österreichische Aktien. Für Thale, Sloman-Salpeter und Scheidemandel bestand zu wesentlich erhöhten Kursen Kauflust.

Berliner Produktenbericht.

Wie berichtet wird, sind die Zufuhren von Weizen, Roggen und Gerste an die hiesigen Mühlen etwas umfangreicher geworden. Auch von Mais hofft man baldigst auf lebhaftere Anfuhr. Im hiesigen Verkehr hat sich nichts Besonderes ereignet. Das Geschäft bleibt unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerordentlich ruhig. Das Angebot von Rauhfutter ist andauernd schwach. Viel besprochen wurde die als bevorstehend gemeldete Erhöhung der Strohhöchstpreise mit Nachzahlung aller seit dem 2. August 1917 gelieferten Mengen. Auch Ersatzfutter steht nur in geringem Maße zur Verfügung, namentlich Heidekraut, für das die Kauflust rege bleibt. Die Nachfrage für Serabella und andere landwirtschaftliche Sämereien kann nicht befriedigt werden. Für Saathülsenfrüchte hat sich die Lage nicht verändert. Wetter: kalt.

Wasserstände der Weichsel, Brahe und Netze.

Stand des Wassers am Pegel

der		Tag	m	Tag	m
Weichsel bei Thorn		16.	3,50	15.	3,54
Zawichost		—	—	—	—
Warschau		15.	1,92	—	—
Chwalowice		14.	2,29	—	—
Zakroczyn		—	—	—	—
Brahe bei Bromberg	O.-Pegel	15.	6,00	14.	6,10
	U.-Pegel	15.	2,60	14.	2,84
Netze bei Czarnikau		—	—	—	—

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 16. Februar, früh 7 Uhr.
Barometerstand: 754,5 mm
Wasserstand der Weichsel: 3,50 Meter.
Lufttemperatur: — 7 Grad Celsius.
Wetter: trocken. Wind: Südosten.
Vom 15. morgens bis 16. morgens höchste Temperatur — 5 Grad Celsius, niedrigste — 8 Grad Celsius.

Wetteransage.

(Mitteilung des Wetterdienstes in Bromberg.)
Voraussichtliche Witterung für Sonntag den 17. Februar: Vielfach heiter, Kälte andauernd.

Gestern Vormittag 11 Uhr entriß uns der unerbittliche Tod nach kurzem schwerem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, meinen lieben Mann, unsern herzensguten treusorgenden Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel, den

Bäckermeister

Josef Braun

im Alter von 39 Jahren.

Dieses zeigen im Namen aller trauernden Hinterbliebenen um stille Teilnahme bittend an

Thorn den 16. Februar 1918

Helene Braun und Kinder.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Culmerstraße 18 aus statt. Trauermesse Dienstag 8 Uhr morgens in der St. Johanniskirche.

Vorschuss-Verein zu Thorn

e. G. m. u. H.

1. ordentliche Generalversammlung

am Montag den 25. Februar 1918, abends 8½ Uhr im Artushof, wozu wir unsere verehrlichen Mitglieder ergebenst einladen.

Tagesordnung.

1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr 1917.
2. Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Jahresrechnung 1917.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz.
4. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns.
5. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes.
6. Wahl von 3 Aufsichtsratmitgliedern.
7. Wahl der Einschätzungskommission für den Aufsichtsrat.
8. Festsetzung der Höchstgrenze der aufzunehmenden fremden Gelder.
9. Besprechung allgemeiner Angelegenheiten.

Der Aufsichtsrat des Vorschuß-Vereins zu Thorn,
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Thorn.
Mallon, Vorsitzender.

Für die vielen Glückwünsche zu unserer Vermählung sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Theophil Kosidowski und Frau Marya,
geb. Krupkowski.

Student des Maschinenbaus
erteilt Nachhilfe in Mathematik in allen Klassen des Gymnasiums und Realgymnasiums. Angebote unter **F. 481** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Unterricht in Literatur
wird erteilt.
Angebote unter **D. 479** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Ein großes Zimmer,
helle Küche, vom 1. 4. 18 zu vermieten
Lindenstr. 23, part., links.

---

1 Zuchtganter,
große Rasse, zu verkaufen bei
Besitzer **Lemke**, Grauüschen.

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines gesunden

Sonntagsjungen

zeigen hocherfreut an

G. Zinkmann, Offiz.-Stellv.,
z. Zt im Felde
u. Frau Else, geb. Schinkler.

Schwarzbruch,
den 10. Februar 1918.

Dem Geburtstagskind Parkstraße 27 ein

dreimal donnerndes Hoch,

das die ganze Parkstraße wickelt und wackelt.

Königl. preuß.  **Klassenlotterie.**

Zu der am 12. und 13. März 1918 stattfindenden Ziehung der 3. Klasse 237. Lotterie sind

	1/1	1/2	1/4	1/8 Lose
zu	120	60	30	15 Mark

zu haben.

Dombrowski,
königl. preußischer Lotterie-Einnehmer,
Thorn, Katharinenstr. 1, Ecke Wilhelmsplatz, Fernsprecher 842.

Verreist.
G. Piesker, Friseuse,
Baderstraße 36.

Vorschuß-Verein zu Thorn
E. G. m. u. H.

Die Jahresrechnung
für 1917 nebst Gewinn- und Verlust-Berechnung liegen von heute ab acht Tage zur Einsicht für unsere Mitglieder in unserem Lokale aus.

Der Vorstand.

Russischer und französischer Sprachunterricht
wird von akademisch gebild. Dame erteilt. Wo, sagt die Geschäftsstelle der „Presse“

Recht gründlicher und gewissenhafter

Violinunterricht gesucht.

Angebote unter **O. 489** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Friseuse früh 7½ Uhr im Monatsabonnement Wilhelmstadt gesucht. Angebote unter **U. 483** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Lämmchen,
Kleinkunstbühne

Ab 16. Februar 1918:
Der neue Spielplan.
Sonntag den 17. Februar:
2 große Vorstellungen.

Nachmittags 3½ Uhr. | Abends 7 Uhr.

Lämmchen.

Am Mittwoch den 20. März, abends 7½ Uhr
in der Garnisonkirche

Musikaufführung des Singvereins
zum besten der Kriegswohlfahrtspflege

Jephta

Oratorium von Haendel (Neubearbeitung von H. Stephani).
Dirigent: Fritz Char, königl. Musikdirektor.

Solisten:
Frau Helene Davitt (Sopran), Fräulein Thea Baudel, Oratoriensängerin aus Berlin (Alt), königl. Kammersänger Alfred Goetz, 1. Tenor vom deutschen Opernhaus in Berlin, Opernsänger Wilhelm Frenkel (Baß).

Chor:
Singverein, außerdem im 3. Akte ein Knabenchor (Leitung Herr Rektor Krause).

Orchester:
Verstärkte Kapelle des Ers.-Batl. Inf.-Regts. 61.

Orgel: Herr Thielecka.

Eintrittskarten zu Mk. 2,— (nummeriert) und Mk. 1,— (unnummeriert). Militärkarten (vom Feldwebel abwärts zu 50 Pfg. und Textbücher zu 25 Pfg. sind in der Buchhandlung Walter Lambeck, Elisabethstraße, zu haben.

Viktoria-Park.

Sonntag 17., Montag 18., Dienstag 19. Febr.



Gastspiel der weltberühmten Illusionisten

Mara
und Any Eva Fay.

Neue sensationelle Enthüllungen aus der 4. Dimension
wie die Spiritisten ihre Geister zitieren! ! ! !
Seelenwanderung, Tierverwandlungen, Blumen aus dem Jenseits, Geisterklopfen, Tischrücken.
Ferner: **Tamins indische Thaumaturgie!**
Das schlafende und schwebende Wunder der indischen Marabots.
:: **Mysterium?** Aus einem rohen Hühnerei einen lebenden Menschen hervorwachsen zu lassen. ::
? Any Eva Fay? Das Rätsel aller Rätsel. Das Mädchen mit den Seheraugen.
Preise der Plätze: Sperrsitz 2 Mk., 1. Platz 1,50 Mk., 2. Platz 1 Mk. exklusive Steuer.
Dienstag nachmittags 4 Uhr: Große Schülervorstellung.
Sperrsitz 50 Pfg., 1. Platz 30 Pfg., 2. Platz 20 Pfg.
Erwachsene doppelte Preise. Billetvorverkauf Walter Lambeck.

Bürgergarten, Culmer Chaussee 16.

Sonntag den 17. Februar 1918:

Das neue Februar-Künstler-Programm.

Jede Nummer ein Schlager! — Das muß man gesehen haben!

Felix Sorrer, aktueller Humorist.	**Charles und Fredy,** Ketten-Akt.
Männe Wilm, der Ausbrecherkönig.	**Willy Schulz,** Komiker.
Loni Adolfi u. Gertr. Rohrbeck, Stimmungssoubrette und Vortragskünstlerin.	**Uli und Uko Till,** moderne Pferch-Handakrobat. u. sensationeller Kraftakt.
? Fred—	**Fred— ?**

sowie die anderen Kunstkräfte.
Anfang 4½ Uhr.

Restauration
mit Damenbedienung und voller Einr. vom 1. 4. 18 zu verpachten evtl. das Grundstück zu verkaufen. Näheres bei Frau **Klohn,** Gerechtestraße 7.

Altstädt. Markt 16, 1.
5 7Zimmerwohnung,
auch für gewerbliche und Bürozwecke geeignet, zu vermieten.
Siegmund Hirshberg, Telephon 158.

Preussischer Hof,

Teleph. 944. **Culmer Chaussee 53.** Teleph. 944.

Sonntag den 17. Februar 1918:

Große Militär- u. Familien-Vorstellung.
Das große Weltstadtprogramm.

Neu! — Neu!

Ady und Rita, Damen-Gesangsduett.	**Kätchen Keilholz,** Tänzerin.
Rita Heinrichs, Tanzsoubrette.	**Felix Grüm,** Komiker
Ady Frank-Nielsen, Liedersängerin	**Arbon und Lissa,** Original-Duett

Hurra! Die 4 Schmetterlinge.

Sowie das neue Februar-Programm.

Außerdem 2 Schlager-Burlesken:

Ein grober Schwiegervater. Schwank in 1 Akt.	**Auf dem Standesamt.** Lustspiel 1 Akt.

Anfang 4 Uhr. — Anfang 4 Uhr.
Nur frühes Kommen sichert Platz!
Dir.: Frau **Paul Goldler.**

Kleinkunstbühne „Dreimäderlhaus“,
Coppernikusstr. 26. — Telephon Nr. 526.

Das vollständig neue Großstadtprogramm.

Frl. Peppi Florett, Kostümsoubrette.
Frl. Anny Hoehle, Scherzliedersängerin.
Frl. Tilly Tell, weiblicher Humorist.
Frl. Hedy Tamara, Phantasie-Tänzerin.
Frl. Lilly Wolf, Tänzerin.
Herr Clemenens Morre, der König der Ukrainer,
Ukrainische Volks- und Nationaltänze.
Prolongiert! Frl. Vally Esther, Prolongiert!
die mit so großem Beifall aufgenommene Operetten-Diva.
Prolongiert! Herr Rudi Ziegler, Prolongiert!
der elegante Meldereiter und stimmungsvolle Salon-Humorist.
Außerdem: das hier so beliebte
Gesangs- und Tanz-Almano-Duett.
Am Klavier: der hier so bekannte und beliebte Operetten-Kapellmeister Herr **Sauerhering.**
Anfang wochentags 6 Uhr, Sonntags 2 Vorstellungen, Anfang ¼4 und 7 Uhr.

Die Direktion.

---

21 Kisten Gärtnerglas
für Frühbeetfenster preiswert abzugeben.
Bau- u. Kunstglaserei Fritz Albutat.
Neustädtischer Markt 14.

---

2 Zimmerwohnung
sofort an kinderlose Mieter zu vermieten
Bornstraße 6.

Die enge Person, die mir am Sonnabend den 9. d. Mts in der Abendstunde mein **Fahrrad** von dem Kontor Rosenau & Wichert entwendet hat, ist dabei erkannt und wird aufgefordert mir dasselbe wieder im Kontor abzugeben, falls nicht, erfolgt gerichtliche Anzeige.

Eine Werkstelle
vom 1. 4. zu verm. Bäckerstr. 7, Hof

---

100 Mark

zahle ich dem enigen, der mir nachweist welche Diebe mich in der Nacht Donnerstag den 14. zum Freitag den 15. d. Mts bestohlen haben. Helles Maschinenöl in Petroleumkannen und Flaschen, Petroleum, eine Lederschürze von der Britschke, mehrere neue Hobel und Stemmeisen zwei Fahrradgestelle, Schleifstein, Kinderschlitten und Schmiedezange.

Aug. Ulbrich, Luben,
Post Heimsoot, Kr. Thorn.

Coppernikusverein für Wissenschaft und Kunst.

Dienstag den 19. Februar,
abends 8 Uhr,
in der Aula des königl. Gymnasiums
öffentliche Festsitzung
zur Feier des Geburtstages von
Nikolaus Coppernikus.

1. Jahresbericht des Vorsitzenden.
2. Festvortrag des Herrn Oberlehrer Wiemer, Hermann Löns. „Sein Leben und seine dichterische Eigenart.

Eintritt frei.

Der Vorstand.

Soldatenheim Thorn,
e. V.
Mitgliederversammlung
am 18. Februar, abends 8 Uhr, im Soldatenheim.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Rechnungslegung.
3. Grundstückserwerb.

Frau von Thadden.

Voigtscher Leseverein.

Mitgliederversammlung
Mittwoch den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im Artushof, unten.

Tagesordnung:
1. Rechnungslegung für 1917.
2. Bücherauswahl für 1918.
3. Vorstandswahl.

Jacobi, Pfarrer.

Stadt-Theater

Sonntag den 17. Febr., nachm. 3 Uhr:
Ermäßigte Preise! Zum letzten male!
Der Soldat der Marie.
Abends 7½ Uhr: Zum 2. male!
Die tolle Komtess,
Dienstag, 19. Februar, 7½ Uhr:
Staatsanwalt Alexander.
Mittwoch den 20. Februar, 7½ Uhr:
Zum 1. male!
Benefiz **Curt Schlegel:**
Der Bettelstudent.

Abonnementeinlösung bis Sonntag nachm. 5 Uhr. Vorbestellungen von Nichtabonnenten nur Montag von 10—12 Uhr vorm. Allgemeiner Verkauf Dienstag 10 Uhr.

Montag den 11. 2., ca. 10 Uhr abends in der Garderobe des Viktoria-Parkes ein

silbernes Handtäschchen

mit zwei Halsketten und Geldbetrag abhanden gekommen. Jede nähere zur Ermittelung obiger Sachen führende Auskunft wird gegen entsprechende Belohnung unter **N. 463** in der Geschäftsstelle der „Presse“ entgegengenommen

---

Ein Sack Grütze

am Donnerstag Abend auf dem Wege von Wilkakrug bis Gut Czernewitz verloren.
Abzugeben gegen Belohnung in Gut Czernewitz, Kreis Thorn Westpr.

Stahlkneifer
vorige Woche verloren. Abzugeben Mellienstraße 126, 2, 1

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Februar	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	—	—
März	—	—	—	—	—	1	2
	3	4	5	6	7	8	9
	10	11	12	13	14	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	29	30
	31	—	—	—	—	—	—
April	—	1	2	3	4	5	6
	7	8	9	10	11	12	13
	14	15	16	17	18	19	20
	21	22	23	24	25	26	27

Hierzu zweites Blatt.

Nr. 41. Thorn, Sonntag den 17. Februar 1918. 36. Jahrg.

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Wie wir mit der Ukraine einig wurden.

Der Berliner Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hatte Gelegenheit, einen der deutschen Vertreter zu sprechen, der an den Verhandlungen mit der Ukraine tätigen Anteil genommen hat. Er entwarf in klarer Darstellung ein Bild von den Widerständen, die es zu überwinden galt, ehe eine Verständigung erzielt werden konnte; denn man darf nicht vergessen, daß alle Mitglieder der ukrainischen Delegation Sozialdemokraten sind, die, nach ihrer politischen Schattierung wahrscheinich links von der Mehrheit unserer deutschen Sozialdemokratie stehen. Das einzige Gesetz, das in der Ukraine bisher angenommen wurde, war die Vergesellschaftung des Bodens. Die Verhandlungen über Schadenersatz für Privateigentum waren deshalb seinerzeit kaum von der Stelle zu bringen, da man sich immer an den kommunistischen Grundanschauungen der Vertreter der ukrainischen Republik stieß.

Dazu kamen noch technische Unebenheiten, die es zu überwinden galt. Die Ukrainer, die sich nicht wie die gegenwärtigen Machthaber in Rußland einen großen Teil ihres Lebens in den Kaffehäusern Mitteleuropas herumgetrieben haben, sprechen nur Russisch oder Ukrainisch, so daß der Verkehr mit ihnen nur durch Dolmetscher möglich war; da aber diese oft genug gleichzeitig an mehreren Stellen gebraucht wurden, bedeutete auch das wieder eine neue Hinauszögerung.

Endlich die Personenfrage! Bei uns eine Kombination, in der jeder Verbündete auf die Wünsche und Forderungen der anderen Mitglieder Rücksicht nehmen muß, auf der Gegenseite ein neuer, aus dem Nichts geschaffener Staat, dessen Vertreter keine geschulten Diplomaten sind, sondern nur sehr gewandte Geschäftspolitiker, die aber doch oft genug mit einer inneren Unsicherheit zu kämpfen hatten, sobald die Verhandlungen auf Gebiete getragen wurden, denen sie nicht gewachsen waren. Dann suchten sie Zeit zu gewinnen und die Entscheidung hinauszuschieben, aus einem übertriebenen Verantwortlichkeitsgefühl ihrem jungen Staate gegenüber den entscheidenden Schritt immer wieder zu vertagen. Der Führer der ukrainischen Delegation Sewrjuk ist von Haus aus Rechtsanwalt und hat auch schon einige Jahre seine Praxis ausgeübt. Er sieht aber nach den Schilderungen äußerlich aus, wie ein Gymnasiast, doch ist er ebenso wie der Spezialist für Handelssachen Ljubynskyj ein klarer Kopf und ein glänzender Redner, was vor allem die Abrechnung Ljubinskyjs mit Trotzki zur Genüge bewies.

Unser deutscher Unterhändler war besonders darauf hin, daß bei Beginn der Verhandlungen mit den russischen Vertretern von der Ukraine noch gar nicht die Rede war. So sei derselbe Ljubinskyj anfänglich der Vertreter der bolschewikischen Delegation gewesen; erst allmählich trat dann eine Trennung zwischen den Bolschewiki und der ukrainischen Volksrada ein, die ihren Gegensatz auf nationalistischer Basis ableiten wollte, und die Ukraine gewann im Laufe der Verhandlungen eine immer größere Selbständigkeit. Bezeichnend dafür war eine Äußerung, die ein ukrainischer Delegierter in den ersten Wochen tat. Als er von deutscher Seite darauf angeredet wurde, daß man bisher überhaupt niemals von der Ukraine nur gesprochen habe, antwortete er darauf: „Jetzt spricht man von der Ukraine, in kurzer Zeit wird man mit ihr sprechen.“ Und am Schluß der Verhandlungen, nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages hob derselbe Delegierte sein Glas gegenüber den deutschen Unterhändlern mit den Worten: „Bisher waren wir bei Ihnen zu Gaste, von heute ab sind Sie bei uns zu Gaste!“ Er spielte damit darauf an, daß Brest-Litowsk nach der Grenzführung des neuen Staates künftig tatsächlich zur Ukraine gehört.

Die größten Schwierigkeiten machten von Anfang an die wirtschaftlichen Fragen. Wir haben schon bei einer früheren Gelegenheit darauf hingewiesen, daß eines der russischen Kriegsziele von Anfang an das Loskommen von dem deutsch-russischen Handelsvertrag gewesen ist. Die Engländer haben es verstanden, die, nebenbei bemerkt, durchaus falsche Auffassung einzuimpfen, daß Rußland von den Deutschen beim Abschluß des letzten Handelsvertrages fabelhaft übers Ohr gehauen worden sei. Trotzdem ist es unseren Unterhändlern möglich gewesen, außerordentlich viel herauszuschlagen, mehr als sie selbst erhofft hatten. Sie sind der Meinung, daß wir mit dem Provisorium, das wohl voraussichtlich einige Jahre inkraft bleiben wird, bis ein endgültiger neuer Handelsvertrag geschaffen ist, sehr gut leben können.

Politische Tagesschau.

Die Regierung und die Wahlreform.

Die „Nordd. Allg. Zt.“ veröffentlicht einen halbamtlichen Aufsatz über die **Wahlreform**, in dem es heißt:

Das künftige Wahlrecht wird auf dem **Vertrauen** beruhen, daß das in Kriegsnot unter Kriegslasten und Opfern treu bewährte Pflicht- und **Staatsbewußtsein des ganzen Volkes** auch in Friedenszeiten die feste Grundlage des preußischen Staatslebens sein wird. Bei den Erörterungen über den mißlungenen **Streikversuch** hat man vielfach die Streikbewegung mit der Wahlrechtsfrage in dem einen oder anderen Sinn in Zusammenhang gebracht. Die Staatsregierung erkennt **keinerlei Zusammenhang**. Derartige Versuche könnrn zwar die Widerstände verstärken, die der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen entgegenstehen, werden aber die Staasregierung **nicht um Haaresbreite von dem Weg abbringen**, auf dem sie entschlossen ist, die **Wahlrechtsvorlage** zustande zu bringen. Nach den Erklärungen der Staatsregierung ist es selbstverständlich, daß sie zur Anwendung der **besonderen Mittel**, die die Verfassung an die Hand gibt, schreiten wird, wenn es unvermeidlich ist zur Erreichung des Zieles. Aber es ist auch selbstverständlich, daß sie solche Mittel nicht in Erwägung zieht oder gar zu ihrer Anwendung drängen läßt, solange Aussichten bestehen, die Wahlrechsvorlage durch eine von Kampfmitteln unbeeinflußte Beratung und Beeinflussung der beiden gesetzgebenden Körperschaften zur Annahme zu bringen. Der **Zeitpunkt des Inkrafttretens** der Wahlreform ist nach wie vor so in Aussicht genommen, daß die **nächsten Wahlen**, d. h. die **ersten Wahlen nach Friedensschluß**, nach dem neuen Wahlrecht vor sich gehen. Auch dafür wird die deutsche Regierung mit aller Kraft und mit allen gebotenen Mitteln eintreten.

Die Heißsporne von lins fordern jetzt schon den Bruch mit der Landtagsmehrheit, falls die für die nächste Woche bevorstehende **erste Abstimmung über das gleiche Wahlrecht** im Landtagsausschuß zur Ablehnung der Regierungsvorlage führen sollte. Ob die halbamtliche Mahnung zur Geduld sie etwas milder stimmen wird?

Der konservative Wahlrechtsantrag.

Der von uns erwähnte **konservative Wahlrechtsantrag** verlangt 450 Abgeordnete, von denen 236 in allgemeinen geheimen direkten Wahlen nach dem **Mehrstimmensystem**, 214 in **berufsständischen** geheimen und indirekten Wahlen gewählt werden. Jeder Wähler soll zwei Stimmen, eine für die allgemeine, eine für die berufsständische Wahl haben, die beide nur an einem Orte abgegeben werden. Lebensalter, Vermögen, Einkommen, selbständige Gewerbetätigkeit, Grundbesitz, Schulbildung sollen je eine Zusatzstimme bedingen. Für die berufsständischen Wahlen denkt sich der konservative Antrag die Wählerschaft in drei Berufsabteilungen eingeteilt: 1. Land-, Forst-, Gartenwirtschaft und Fischerei, 2. Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr, 3. Beamte und freie Berufe. Die berufsständischen Wahlen sind **indirekt** gedacht.

Die neuen Steuern.

Über die für den Reichstag bestimmte neue Steuervorlage verlautet, daß es sich in der Hauptsache diesmal um indirekte Steuern handle, nämlich um Steuern auf Weine und Mineralwässer sowie eine monopolartige Steuer auf Branntweine.

Für ein Mehrstimmen-Wahlrecht in Sachsen.

Im Verfassungsausschuß der sächsischen Kammer erklärten sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Konservativen für einen nationalliberalen Antrag, der **gleiches**, direktes, geheimes **Wahlrecht mit zwei Zusatzstimmen** für Alter und Familienstand vorsieht, nicht aber solche für Vermögen, Bildung und Einkommen. Die Abstimmung findet nächste Woche statt. Die **Annahme** des Antrages ist gewiß.

Ein Dank an die christlichen Gewerkschaften.

Der Minister des Innern Dr. von Brettreich hat an das bayerische Sekretariat der christlichen Gewerkschaften eine Zuschrift gerichtet, in der den christlichen Arbeitern wärmster Dank und vollste Anerkennung der beteiligten Ministerien für ihre vaterländische Haltung bei der jüngsten **Streikbewegung** ausgesprochen wird.

Gesandter Rizow bleibt.

Das „Berl. Tagebl.“ ist von zuständiger bulgarischer Seite ermächtigt, mitzuteilen, daß die auch von uns einem Leipziger Blatte entnommene Ofen-Pester Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des Berliner bulgarischen Gesandten Rizow unwahr ist.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte in Berlin

verhandelten gestern wieder über mehrere Fälle des bei den Streikunruhen verübten **Landesverrats**. U. a. wurde ein Arbeiter wegen Verbreitung von Flugblättern der unabhängigen Sozialdemokratie zu 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, die in 9 Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Eine wegen Aufforderung zum Streik angeklagte Frau, gegen die 2 Jahre Zuchthaus beantragt worden war, wurde freigesprochen, ebenso ein Maschinenarbeiter, gegen den als Rädelsführer 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust beantragt worden waren.

Aus der Untersuchungshaft entlassen.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus München: Die wegen angeblichen Landesverrats verhafteten Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie in Fürth, Hopf und Katzbauer wurden auf Anordnung des Reichsanwalts aus der Untersuchungshaft entlassen.

Deutsch-ungarische Verhandlungen über Ernährungsfragen.

Der ungarische Ernährungsminister Prinz zu Windisch-Graetz und der Handelsminister Szterenyi treffen am Sonnabend in Berlin ein, um dort mit den Leitern des deutschen Kriegsernährungsamtes Verhandlungen zu führen.

Politische Demonstration der Brüsseler Justizbehörde.

Infolge eines Beschlusses des Appellhofes in Brüssel haben die Justizbehörden **zwei Mitglieder des Rates von Flandern** wegen ihrer politischen Tätigkeit für die Selbständigkeit Flanderns **verhaftet**. Dieser Vorgang ist rechtlich nicht haltbar und trägt den Charakter einer politischen Demonstration. Daher hat der **Generalgouverneur** angeordnet, daß die **Verhafteten** unverzüglich **in Freiheit gesetzt** werden, und das weitere Strafverfahren untersagt wird. Ferner wurde den Mitgliedern des Appellhofes, die bei dem Entschluß mitgewirkt haben, die weitere Ausübung ihres Amtes verboten, und drei von den vier Präsidenten des Appellhofes sind in Sicherheitshaft genommen und nach Deutschland abgeführt worden.

Berliner Brief.

(Nachdruck verboten.)

Die Fahnen, die am 9. Februar den Erstlingsfrieden, — den mit der Ukraine —, zu künden, in Fülle und Eile herauskamen im Häusermeere Berlins, redeten die Sprachen der Freude und des Glaubens. Des Glaubens an einen ehrlichen, dauerhaften Frieden. Wohingegen die Friedensfortsetzung im Osten, die von diesem Montag, da Trotzki für das übrige Rußland zum Schein klein beigab, weniger starken Glauben bei den Berlinern fand. Der hält es in Dingen, die faul zu sein scheinen, eher mit dem undemokratischen gesunden Mißtrauens, das uns anders orientierten Politikern Wesens eigen ist. „Er traut dem Frieden nicht?“ Oder doch noch nicht. Zwar an der Berliner Börse habe die Kunde von der durch Trotzki huldvoll zugelassenen „Beendigung des Kriegszustandes mit Nordrußland“ alsbald ersichtlich große Freude erregt. Die Börse aber ist noch nicht Berlin. Und es wäre nicht das erste Mal, daß bei Geschehnissen dieses Weltkrieges die von ihr aufgenommenen Nasenwitterungen sich als falsch erwiesen. Der Berliner wird geruhig abwarten, was der „Trotzki-Friede“ — „abwirft“ —, und wie Hindenburg ihn auszuwerfen gedenkt. Jedenfalls ist er sicher, daß im Osten die Bahn frei ist — für den Zug nach dem Westen. Inzwischen sind wir gern bereit, weitere Friedenserklärungen entgegenzunehmen.

Da wir durchgehalten haben, — bis hier her und noch weiter es tun werden — würden die Schicksalsmächte uns nicht ohne Verdienst belohnen oder versöhnen, käme uns bald holde Friedensware aus der Ukraine, Germanias zukünftige Freundin, wo noch „wat zu holen ist“, wie man so berlinert, als Zuwachs für den ach so sehr entwöhnten Magen. Die fünf viertel Milliönchen Schweine, die es da sogar nach der nur mäßig „erfassenden“ russischen Friedensstatistik geben soll, lassen uns das Wasser im Kriegskauapparat zusammenlaufen. O, wenn wir das Schwein hätten, Schweine aus dem Osten zu erleben! Der Invasion würden keine Grenzen gesetzt werden. Ich jedenfalls erkläre mich für dankbar ungehemmte Freizügigkeit des wirklichen Schweines zumal nachdem, was wir in unserer Zeit wieder einmal ahnend zu lesen bekommen haben über die dunklen Wege, auf denen Kriegswurst verschoben wird. Die Mißstände bei dem Verkauf fleischmarkenfreier Wurst haben den Magistrat veranlaßt, Herstellung und Vertrieb durch besondere Verordnung zu regeln. Beides ist fortan nur mit magistratlicher Genehmigung gestattet und vor allem muß jedwede Kontrollwurst ihren „Identitätsnachweis“ sichtbahrlich bei sich führen, das heißt man soll beim Verkäufer ablesen können, woraus sie sich zusammensetzt. Mit dieser Bestimmung ist zart angedeutet, „Woher Nam' und Art“ viele dieser Kriegswürste gewesen. Deutlicher ist das Anschlußverbot, nach welchem Einfuhr und Verkauf von Wurst, zu deren Herstellung das Fleisch „von Tieren verschiedener Art“ verwendet worden ist, untersagt wird. Und letztlich sind die Preise für die einzelnen Wurstwaren an ihren Ausgabestellen deutlich lesbar anzuschlagen.

Zum Teufel aber, nein zu Trotzki gar! sollen sich Kriegsverordnungsbeutescheren, denen es etwa einfiele, uns neue Kriegsgesellschaften anzusinnen, sofern die Morgendämmerung am Ernährungshorizont sich zu greifbaren Früchten des Friedensbaumes im Osten „verdichtet“. Denn unfaßbar ist für uns gar zu oft geworden, was sie jemals „erfaßt“ hatten. Unfaßbar ist dem beschränkten Menschenverstande des Durchhaltenden gleichfalls, daß, obschon der Krieg „abnimmt“, die Zahl der Kriegsgesellschaften ständig zunimmt. Von 41 Kriegsgesellschaften, die im „Interesse des Allgemeinwohlseins“ ihre Tätigkeit aufnehmen sollten, sprach orakelnd ein Berliner Blatt und knüpfte daran die nicht unangebrachte Besorgnis, daß bei der herrschenden Lederknappheit bald die teuren Klubsessel für Kriegsgesellschaften nicht mehr aufzutreiben sein würden. Jetzt ist hier eine neue Kriegsgesellschaft: „Reichsholz-Verteilungsstelle für Fußbekleidung, e. G. m. b. H.“, gegründet worden. Vestigia terrent (die Spuren schrecken!) werden diese Hölzer „verteilt“, werden sich unsere schlichten, aber nützlichen Ersatzholzsohlen baldigst verkrümeln, just wie die Eier, die uns Berliner nicht erreichten, seit sie auf Verteilungs-Irrwegen durchs Land spazieren gefahren werden, oder wie die Fische trotz der vielen Fischgesellschaften? Kriegsgesellschaften von morgen dürften sonach sein solche zur Beschaffung von Absätzen, Schuhsenkeln und Knöpfen. Unverständlich aber ist, daß angesichts der neuen Wendung der Dinge, so wenig Weitblick bei unseren Maßgeblichen vorhanden ist im Hinblick auf das, was Berlin zu leisten haben wird, wenn erst wieder Völker zu des Reiches Hauptstadt reisen werden. Ich meine die Fremden-Industrie. Selbst vor kurzem noch konnte eine erhebliche Wiederbelebung des Berliner Fremdenverkehrs nachgewiesen werden. Mit 123 000 Gästen übertraf der Verkehr im Januar 1918 den Fremdenverkehr im Dezember v. Js. (110 000) um 13 000 und den vom vorjährigen Januar um 4500. Schon sind das Cumberland-Hotel, das Hotel Bellevue, Hotel Windsor, Hotel Reichstag, Lindenhof, Hotel Monopol und andere große Gasthöfe dem unstillbaren Ausdehnungsdrange der Kriegsgesellschaften — und Ämter u. s. w., als Büro- oder Büroersatz-Paläste zum Opfer gefallen. Und was tun die, die da wissen wollen, was sie tun, jetzt? Sie wollen auch die altbewährte Gaststätte Berlins, den „Kaiserhof“ ankaufen, wie es heißt, um das Reichswirtschaftsamt darin aufzunehmen. Abgesehen davon, daß die Erwerbung oder der Ankauf so großer Verkehrspaläste in teuerster Gegend für Bürozwecke das öffentliche Vermögen äußerst scharf in Anspruch nimmt, sollte es doch wahrlich im Berliner Industriezentrum in der Zeit der Still- und Zusammenlegung zahlloser Einzelbetriebe weniger teure Räumlichkeiten geben. Die Herren Kriegsämtler würden ihrer Würde oder Verordnungsweisheit nichts vergeben, wenn sie auf schlichten Kontorstühlen säßen, als — Klubsesselersatz, der durchaus tauglich ist. Sparen müßte auch ihre Losung sein. Die Berliner Sparkasse hatte im Januar einen Zuwachs von 32 Millionen Mark Spareinlagen gegen 10 Millionen im Vorjahre. Spare im Kriege, so hast Du im Frieden!

Da weiß eine andere Gesellschaft, auf die der Berliner von jeher eingehackt hat, ganz anders den Zeichen der Zeit Rechnung zu tragen. Die „Große Berliner“ ist doch nicht ohne opferwillige Größe. Sie hat ihrem Betriebspersonal in Anerkennung seiner tadellosen Haltung beim Schmachstreik, wo Mann, Kriegsfrau und -Fräulein restlos ihre Pflicht getan haben — auch der Ober-Kommandierende in den Marken hat die Straßenbahner darum öffentlich belobt! —, umsonst ein Pfund Speck oder Fett zugewiesen und je 10 Emmchen noch dazu!

Wenn Tolstoi diesen Krieg erlebt hätte, würde ihm das Herz um sein verratenes Volk geblutet haben. Max Reinhardt hat dem großen Dichter im Deutschen Theater die zeitgemäße Nachhuldigung erwiesen durch die Neuaufführung der „Macht der Finsternis“, dieses grauenvollen Stückes, das vor zwei Jahrzehnten zu den bei uns streng verfehmten gehörte, aber doch herbste Wahrheitsdichtung ist. Wieviel menschliche Verkommenheit im Osten ausgelöst zu werden vermag, — wir haben es an der Bolschewiki-Schreckensherrschaft erfahren. — Im „Berliner Theater“ brachte die Uraufführung einer Verkleidungskomödie „Blitzblaues Blut“, die die Verfasser (Bernauer, Schanzer und Kollo) „Operette“ genannt wissen wollen, einen stürmischen Erfolg. „Berlin, wie es lacht“, stirbt nicht aus! und wenn ihm noch so „geistreiche“ Abende und Kunsttempel zugewendet werden.

Die Südsee-Inseln.

Reuter meldet aus Wellington (Neuseeland): Der Finanzminister teilte mit, die Vertreter von **Neuseeland** gingen zur **Reichskonferenz** nicht aus freiem Entschluß, sondern unter dem Druck ihrer Pflicht. Die Frage der Südseeinseln sei von beherrschender Wichtigkeit. **Ihre Rückgabe an Deutschland müsse verhindert werden** und die Vertreter des Dominions müßten dazu helfen, dies zu verhüten. Der Entschluß, die Inseln zurückzugeben, würde ein Unglück sein.

Thorner Lokalplauderei.

Die **28. Woche des vierten Kriegsjahres** hat zwei Ereignisse von Bedeutung gezeitigt: die Versumpfung der **Friedensverhandlungen** mit Großrußland und die **Botschaft Wilsons**. In der Kundgebung des amerikanischen **Präsidenten** haben einige Blätter einen **Fortschritt zum Frieden** zu erkennen geglaubt. In der Tat, allgemeine Wendungen, wie „ein dauernder Friede auf **Grundlage** der Gerechtigkeit", eröffnen schon eine **bessere Aussicht** auf eine Verständigung, als die früheren bestimmten Forderungen der „Sühne des an Frankreich, Belgien und Serbien begangenen Unrechts". Aber der Fortschritt ist nur ein stilistischer, redaktioneller, der zwar für den Notfall eine Hintertür läßt, daß England, sobald die Möglichkeit eines Sieges über Deutschland in dem erhofften Umfange schwindet, jederzeit zu Friedensverhandlungen geschritten werden kann, die es England gestatten, unter Opferung seiner Vasallen noch günstig abzuschneiden.

Wenn die Entwickelung der Dinge, wozu alles drängt, diesen Lauf nimmt, so könnte sich leicht eine **Friedensprophezeiung** erfüllen, deren erster Teil bereits eingetroffen ist. Schon bald nach Kriegsbeginn tauchte eine Weissagung auf, daß der erste Friedensschluß am 10. Februar 1918 erfolgen und der allgemeine Friede 44 Tage darauf geschlossen werden würde. Die Voraussage stützte sich, wie jetzt bekannt wird, auf die Schlußverse der Schrift des Propheten Daniel. Es heißt dort, Kapitel 12, Vers 11 und 12: „Und von der Zeit an, wann das tägliche Opfer abgetan und ein Greuel der Verwüstung aufgerichtet wird, sind eintausend zweihundert und neunzig Tage. Wohl dem, der da erwartet und erreichet eintausend dreihundert und fünfunddreißig Tage!" In der Tat sind vom 1. August 1914, dem Beginn des Weltkrieges, bis zum 11. Februar 1918, dem Tage der Trotzkischen Erklärung, 1291 Tage verflossen; daß es ein Tag mehr als geweissagt, liegt an dem Schalttag des Schaltjahres 1916, von dem der Prophet Daniel noch nichts wissen konnte. Danach wäre der Tag, von dem geschrieben steht: „Wohl dem, der ihn erwartet und erreichet" — ehe Krieg und Kriegsnot ihn hinrafft —, also der Tag des allgemeinen Friedensschlusses, der 1335ste nach Beginn des Weltkrieges oder der 44ste nach Beendigung des Krieges mit Rußland, d. i. der 26. März 1918.

Während die Beziehungen der Familie von Hindenburg zu Thorn allbekannt sind, werden die meisten Leser überrascht sein zu hören, daß auch der treue Gehilfe unseres Feldhauptmanns, der Erste Generalquartiermeister **Ludendorff**, unserer Weichselstadt kein Fremder ist. Und nicht nur vorübergehend hat er in unseren Mauern geweilt, sondern über zwei Jahre der Garnison Thorn angehört. Nach längerer Tätigkeit im Großen Generalstabe kam er im April 1898 nach Thorn, um hier als Hauptmann und Führer der 7. Kompagnie des Inf.-Regts. von der Marwitz (61) den Frontdienst kennen zu lernen. Damals noch Junggeselle, bezog er in dem Hause Bachestraße, das bald darauf dem Neubau des Kinderhorts weichen mußte, eine möblierte Wohnung, die ein Freund für ihn gemietet; die niedrigen Zimmer des altertümlichen Gebäudes waren aber so wenig nach seinem Geschmack, daß er schon nach vier Wochen eine andere Wohnung nahm, die im 1. Stockwerk des Hauses Gerstenstraße 19, Ecke der Strobandstraße, lag. Hier wohnte er bis zu seiner Rückversetzung in den Großen Generalstab mit dem Range eines Majors, die im Juli 1900 erfolgte. Herr Garnisoninspektor Rose, damals Feldwebel der Kompagnie — der als teure Andenken zwei Photographien mit der Widmung „Zur Erinnerung. Ludendorff" und „Ludendorff seinem verdienten Feldwebel" bewahrt —, schildert ihn als einen feinen, streng soliden, arbeitsamen Mann, im Dienste gewissenhaft und schneidig, doch gerecht und wohlwollend, beliebt bei Unteroffizieren und Mannschaften. Schimpfworte duldete er nicht. Das Schießbuch führte er selbst und besorgte auch eigenhändig die Übertragung aus den Kladden. Die Bestände der Kammern kannte er genau und wußte, was jeder Mann trug und zu tragen hatte. Beim Kompagnie-Exerzieren war er kurz und schneidig. Auch in bürgerlichen Verhältnissen war er ein kundiger Berater seiner Untergebenen. Stets mit militärwissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt, war er im Trinken äußerst mäßig. Bei den Königsgeburtstagsfeiern der Kompagnie, bei denen er kurze, aber gediegene, inhaltreiche Ansprachen hielt, genoß er bis zum Schlusse nichts, nur beim Abschied ein kleines Gläschen Kognak nehmend. „Um 5 Uhr muß ich wieder bei der Arbeit sein," äußerte er einmal, zur Begründung seiner Mäßigkeit. Die zwei Jahre, schloß Herr Inspektor Rose den Bericht, waren die schönsten Jahre meiner militärischen Dienstzeit. — Das zurückgezogene, nur der Arbeit gewidmete Leben des Hauptmanns Ludendorff macht es wohl auch erklärlich, daß sein Thorner Erdenwallen keine tiefere Spur hinterlassen hat. Jetzt, wo er zur Weltberühmtheit gelangt, wird wohl eine Tafel an dem Hause, in dem er gelebt, das Gedächtnis daran festhalten.

Eine anregende Sitzung **war die Sitzung des** Thorner Lehrervereins vom vorigen Sonnabend, in welcher das zeitgemäße Thema vom **Aufstieg der Begabten** in einem Vortrage des Herrn Mittelschulrektors Krieger behandelt wurde, und sie wurde noch anregender dadurch, daß in der Aussprache noch ein zweites wichtiges Schulthema zur Erörterung kam. So bestechend das neugeprägte Schlagwort vom Aufstieg der Begabten auch ist, so lassen sich gegen eine zu starke Förderung der Begabten zur akademischen Laufbahn doch mancherlei ernste Bedenken erheben, als zum Beispiel, daß ein verstärkter Zulauf zur akademischen Laufbahn das geistige Proletariat noch weiter vermehren könnte, solange nicht vermögende Eltern verhindert werden, ihre weniger begabten Kinder nach wie vor studieren zu lassen; daß die als „begabt" Auserlesenen nicht immer wirklich die Begabten sind, wie das schon aus der Erfahrung der Mädchenmittelschule hervorgeht, in der von 20 überwiesenen „begabten" Volksschülerinnen nur eine sich behaupten konnte; daß der zum Aufstieg gebrachte Begabte leicht entgleisen kann oder doch zu einem anderen Berufe abspringt, weil er auf dem Gesellschaftsboden, in den er künstlich verpflanzt wurde, fremd geblieben und weil ihm auch der Mangel einer guten Kinderstube die akademische Laufbahn erschwert; und daß die Begabten überhaupt nicht immer die Tüchtigen sind, da im späteren Leben erst die Eigenschaften Fleiß, Pflichttreue und Energie die volle Bewährung des Menschen ergeben. Im beschränkten Umfange könnte aber wohl jede Gemeinde einen Anfang mit der Förderung der Begabten machen, und auch unsere Thorner Schulverwaltung dürfte bald an diese Aufgabe herantreten, wofür der Vortrag des Herrn Mittelschulrektors Krieger Fingerzeige geben sollte. Die Aussprache nach dem Vortrage gestaltete sich zu einer sehr lebhaften dadurch, daß verschiedene Redner mit großer Entschiedenheit für einen weiteren **Ausbau der Volksschule** eintraten, damit deren Leistungen gehoben würden. Es hatte den Anschein, als wenn diese Redner sich in einen Gegensatz zu dem Vortragenden stellen wollten; aber ein solcher Gegensatz lag nicht eigentlich vor, denn die Förderung besonders Begabter und der Ausbau der Volksschule schließen sich durchaus nicht aus, und der Vortragende erklärte auch in seiner Erwiderung auf die Debatte-Reden, daß er den in der Aussprache erhobenen Forderungen für die Volksschule völlig beitrete. Ohne weiteres wird jedem klar sein, daß der weitere Ausbau der Volksschule eine noch viel wichtigere Aufgabe wie die Förderung Begabter ist; denn mit Recht wurde in der Aussprache darauf hingewiesen, daß die Volksschule nicht verarmen dürfe, sondern im Gegenteil ihre Leistungen noch steigern müsse, da Gewerbe und Handwerk ihre Kräfte aus ihr nehmen. Nur wenn die Volksschule brauchbare Kräfte liefere, könnten Gewerbe und Handwerk in Deutschland den gesteigerten Anforderungen des Konkurrenzkampfes gegenüber sich behaupten. Das sind durchaus gewichtige Argumente, und man kann hinzufügen, daß das deutsche Volk seinen Vorrang vor den anderen Völkern, den es in diesem Weltkriege auch geistig bewiesen hat, nur behalten wird, wenn es seine Volksbildung im ganzen weiter erhöht. So verdient dieses Thema ebenfalls zum Gegenstand eines besonderen Vortrages gemacht zu werden, um weitere Unterlagen in dieser Frage zusammenzutragen. Wenn der zuständigen Zentralstelle aus Lehrerkreisen genügendes Material vorgelegt werden kann, wird diese gewiß nicht zögern, auch diese bedeutungsvolle Zeitaufgabe, die finanziell allerdings weitaus größere Aufwendungen erfordern wird, in Angriff zu nehmen.

Das **Wetter der Woche** war überall, mit Ausnahme des äußersten Ostens, wo Memel Schneefälle am Dienstag und 5 Grad C. Kälte am Donnerstag zu verzeichnen hatte, milde und vorfrühlingshaft, mit Temperaturen bis 12 Grad Wärme, in Magdeburg, und Regenfällen im Westen und einem Teil des nördlichen Binnenlandes, die in Hamburg 21 Millimeter erreichten. Die Hoffnung, der man sich schon hingab, daß der Vorfrühling von Dauer und angenehm in den Frühling hinüberführen werde, trog indessen; denn am Ende der Woche trat, mit Drehung der Winde nach Nordosten und Osten, ein schroffer Witterungsumschlag ein, der einen strengen Nachwinter brachte. In Thorn hatten wir bis zum Donnerstag Abend eine Temperatur, die sich zwischen 8 und 2 Grad Wärme bewegte, mit schwachen Niederschlägen bei West- und Nordwestwind. Dann kam unter Schneetreiben der Wettersturz, der das Quecksilber bis 8 Grad unter den Gefrierpunkt sinken ließ. Dies Frostwetter wird voraussichtlich noch andauern.

Mannigfaltiges.

(Das „schlafende" Deutschland.) Herr Schroeder, der vielgenannte Stitzredakteur des berüchtigten Amsterdamer „Telegraaf", wurde kürzlich der Ehre gewürdigt, von Clemenceau empfangen zu werden. Am Schlusse der Unterhaltung orakelte der Tiger: „Der Krieg wird so lange dauern, bis Deutschland erwacht ist." Das Pariser „Oeuvre", das sich in der haßverblendeten Pariser Presse noch ein Restchen gesunden Menschenverstandes bewahrt hat, glossiert diese tiefsinnige Weisheit, die Clemenceau damit zugunsten des journalistischen holländischen Vorkämpfers für die Ententesache von sich gegeben hat, mit der bissigen Bemerkung: „Was würde wohl auch aus der Welt werden, wenn Deutschland nicht schliefe?"

Bekanntmachung.

Das Überhandnehmen des Schleichhandels, bezw. der gänzliche Verbrauch der Eier durch die Hühnerhalter einerseits, und die andauernd wachsenden Ernährungsschwierigkeiten in den Großstädten wie Industriegegenden andererseits haben das Preußische Landesamt für Nährmittel und Eier veranlaßt, für die Erfassung der Hühnereier das Umlageverfahren anzuordnen.

Die Umlage ermöglicht die gerechteste Heranziehung der Hühnerhalter zur Abgabe der Eier im kriegswirtschaftlichen Interesse, indem sie der Bevölkerung die Verpflichtung zur Eierabgabe klar vor Augen führt und diejenigen nicht freiläßt, die bislang sich der Ablieferung zu entziehen trachteten.

In Ausführung der Bestimmungen des Landesnährmittelamts hat der Ausschuß des Eierversorgungsverbandes Thorn nachstehende Anordnung erlassen, deren genaueste Beachtung den Bewohnern des Stadt- und Landkreises Thorn hiermit nahegelegt wird.

Gegen Schleichhändler (Verkäufer wie Erwerber) werden fortan unnachsichtlich die schärfsten Strafen verhängt werden.

A.

Anordnung

über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Eierversorgungsverband Thorn (Stadt- und Landkreis).

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers über Eier vom 12. August 1916 (R. G. Bl. S. 927) und vom 24. April 1917 (R. G. Bl. S. 374) und der preußischen Ausführungsanweisung vom 24. August 1916 (Amtsblatt der Königlichen Regierung Marienwerder S. 439) zu der erstgenannten Verordnung wird für den Umfang des Eierversorgungsverbandes Thorn in Ergänzung der Anordnungen vom 11. Oktober 1916 (Thorner Kreisblatt S. 531) und vom 16. Mai 1917 (Thorner Kreisblatt S. 260) folgendes bestimmt:

I.

Verbot des freien Eierhandels.

§ 1.

Die Ausfuhr wie auch der Versuch der Ausfuhr von Eiern der Hühner, Enten und Gänse aus dem Eierversorgungsverband Thorn ist verboten. Ausgenommen sind nur Sendungen von Eiern an die von dem Ausschuß des Versorgungsverbandes besonders zugelassenen Stellen.

§ 2.

Für den Aufkauf von Eiern im Stadt- und Landkreise Thorn sind besondere Sammelstellen eingerichtet. (Vergl. Thorner Kreisblatt Nr. 40 für 1917.)

§ 3.

Jeder Verkauf wie auch der Versuch des Verkaufs von Eiern an nicht zum Eieraufkauf amtlich zugelassene Sammelstellen oder Personen, sowie jeder Ankauf oder der Versuch de Ankaufs von Eiern durch nicht zum Eieraufkauf amtlich zugelassene Sammelstellen oder Personen ist verboten. Ferner ist der Tausch oder der Tauschversuch von Eiern gegen andere Waren oder Gegenstände, sowie die Verwendung von Eiern als Zahlungsmittel für Waren oder Gegenstände verboten. Die unentgeltliche Abgabe (Schenkung) und Annahme von Eiern ist ebenfalls verboten.

II.

Ablieferungspflicht.

§ 4.

Die Eierselbstversorger (Hühnerhalter) haben sämtliche Eier, die sie nicht zur Ernährung der Angehörigen ihrer Wirtschaft benötigen, an die amtlich zugelassenen Sammelstellen des Versorgungsverbandes oder an deren Helfer abzuliefern. Zu den Angehörigen der Wirtschaft gehören das Gesinde und Naturalberechtigte, insbesondere Altenteiler und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Eier zu beanspruchen haben.

§ 5.

Die Hühnerhalter haben eine bestimmte Zahl Eier als Mindestmenge im Jahre abzuliefern.

Diese Mindestmenge wird durch eine in jeder Stadt und in jedem Gemeinde- und Gutsbezirk zu bildende Eierveranlagungskommission bestimmt, die das auf die Ortschaft vom Versorgungsverband umgelegte Eiererfassungssoll unterveranlagt.

§ 6.

Bei der Veranlagung sind die in jeder Ortschaft zu führenden Hühnerverzeichnisse zu Grunde zu legen.

Im übrigen ist die Abgabemenge derjenigen Geflügelhalter, deren Hühner freien Auslauf haben, also der Hühner in sämtlichen Landgemeinden (Gutsbezirken), und der außerhalb der geschlossenen Stadtberinge gehaltenen Hühner, für das Huhn auf mindestens 30 Eier und hinsichtlich der Hühner ohne freie Auslaufsmöglichkeit auf mindestens 10 Eier im Jahre festzusetzen.

Dementsprechend haben die Geflügelhalter in Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht in den einzelnen Monaten mindestens abzuliefern:

a) hinsichtlich der Hühner mit freiem Auslaufe von jedem Huhn im März 3 Eier, im April und Mai je 6 Eier, im Juni 5 Eier, im Juli 4 Eier, im August 3 Eier, im September 2 Eier und im Oktober 1 Ei;

b) hinsichtlich der Hühner ohne freie Auslaufsmöglichkeit im März von je 2 Hühnern 3 Eier, im April und Mai je 2 Eier von jedem Huhn, im Juni von je 3 Hühnern 5 Eier, im Juli von je 4 Hühnern 5 Eier, im August von jedem Huhn 1 Ei, im September von je 3 Hühnern 2 Eier und im Oktober von je 3 Hühnern 1 Ei.

§ 7.

Die Eierversorgungskommission darf von den Richtlinien des § 6 bei der Veranlagung zu Gunsten eines Hühnerhalters nur dann abweichen, wenn ein etwaiger Ausfall, der eine Verminderung des Gemeinde-Eiererfassungssolls zur Folge haben würde, durch entsprechend stärkere Heranziehung eines anderen Hühnerhalters ausgeglichen wird.

§ 8.

Hühnerhalter, die ihrer Ablieferungspflicht nicht genügen, verfallen den in § 15 dieser Anordnung vorgesehenen Strafen; auch können sie im Zwangswege zur Abgabe der Eier angehalten werden.

§ 9.

Es wird erwartet, daß jeder Geflügelhalter über die Pflichtlieferung hinaus jedes entbehrliche Ei für die allgemeine Lebensmittelversorgung zur Verfügung stellt.

§ 10.

Die Hühnerhalter sind verpflichtet, den mit der Durchführung und Kontrolle der Eiererfassungsorganisation beauftragten Personen Auskunft zu erteilen.

III.

Eierabgabe.

§ 11.

Eier von Hühnern, Enten und Gänsen dürfen an die nicht geflügelhaltende Bevölkerung nur gegen Eiermarken durch die amtlich zugelassenen Eierausgabestellen verabfolgt werden.

§ 12.

Für Gast- und Schankwirtschaften, Konditoreien, Krankenhäuser, Lazarette usw. wird die höchste zulässige Entnahme von Eiern zur Versorgung der Gäste und Pfleglinge nach Anhörung der Ortsbehörden durch den Eierversorgungsverband festgesetzt.

Die Konditoreien, Krankenhäuser, Lazarette usw. erhalten einen dieser Festsetzung entsprechenden Bezugsschein, während Gast- und Schankwirtschaften nur Eier gegen Hingabe der von ihren Gästen in Empfang genommenen Eiermarken erhalten.

Von letzterer Bestimmung erforderlichenfalls Ausnahmen zuzulassen, wird dem Vorsitzenden des Eierversorgungsverbandes übertragen.

§ 13.

Für die Abgabe von Eiern werden von dem Ausschuß des Eierversorgungsverbandes oder von der höheren Orts dazu bestimmten Stelle Höchstpreise festgesetzt und im Kreisblatt, in der Thorner „Presse“ und in der „Thorner Zeitung“, sowie durch Aushang in den Sammel- und Verkaufsstellen bekannt gemacht.

Jede Überschreitung der festgesetzten Höchstpreise ist verboten.

IV.

Ausführungsbestimmungen.

§ 14.

Der Ausschuß des Eierversorgungsverbandes kann Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften dieser Anordnung erlassen.

V.

Strafbestimmungen.

§ 15.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Eier oder der verbotswidrig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

VI.

Inkrafttretung.

§ 16.

Diese Verordnung tritt am 21. Februar 1918 in Kraft.

Thorn, den 12. Februar 1918.

Ausschuß des Eierversorgungsverbandes Thorn
(Stadt- und Landkreis).

Kleemann, Landrat, Hasse, Oberbürgermeister.

B.

Ausführungsanweisung

zur Anordnung über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Eierversorgungsverbande Thorn vom 12. Februar 1918.

Auf Grund des § 14 der Anordnung über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Eierversorgungsverbande Thorn vom 12. Februar 1918 wird folgendes bestimmt:

§ 1.

In jedem Stadt-, Gemeinde- und Gutsbezirk des Versorgungsverbandes sind Sammelstellen einzurichten. Bei den ländlichen Sammelstellen können zum Abholen der Eier nötigenfalls Helfer bestellt werden.

§ 2.

Die Abgabe von Eiern ist nur an die amtlich bestellten Sammelstellen oder deren Helfer gestattet.

Die Sammelstelle hat dem Hühnerhalter eine Quittung über die Ablieferung auszustellen.

§ 3.

Die Inhaber der Eiersammelstellen haben über die von ihnen aufgekauften Eier Listen zu führen, aus denen der Name des Geflügelhalters, der Tag und die Zahl der von ihnen erworbenen Eier zu ersehen sein müssen.

§ 4.

Die Hühnerhalter haben die ihnen erteilten Quittungen über die Eierablieferung sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen den mit der Kontrolle der Eiererfassungsregelung beauftragten Personen vorzulegen.

Können sie sich nicht über die Menge der abgelieferten Eier ausweisen, so haben sie die Fehlmenge ihres Ablieferungssolls nachzuleisten.

§ 5.

In jedem Stadt-, Gemeinde- und Gutsbezirk ist eine Eierveranlagungskommission unter dem Vorsitz eines Magistratsmitgliedes, des Gemeinde- oder Gutsvorstehers zu bilden, deren Mitglieder durch den Magistrat oder die Gemeindevertretung (Gemeindeversammlung) zu wählen, in den Gutsbezirken von dem Gutsvorsteher zu bestimmen sind und die in den Städten, sowie den Landgemeinden neben dem Vorsitzenden mindestens 2 Beisitzer, in den Gutsbezirken 1 Beisitzer erhalten soll.

§ 6.

Der Eierveranlagungskommission wird anheimgestellt, bei der Unterveranlagung des Gemeinde- (Guts-) Ablieferungssolls auf die Hühnerhalter auf das Verhältnis der Zahl der Haushaltungsangehörigen des Hühnerhalters zur Menge der Hühner Rücksicht zu nehmen.

§ 7.

Wenn ein Geflügelhalter wegen der Rasse-Eigentümlichkeit der Hühner nicht imstande ist, seine Lieferungspflicht nach Maßgabe der Veranlagung zu erfüllen, so kann der Vorsitzende der Eierveranlagungskommission auf Antrag die Erfüllung nach dem Maßstabe der gewonnenen Eier in anderen Monaten fordern.

Eine entsprechende Berücksichtigung kann genommen werden auf Hühner, die brüten.

§ 8.

Hühnerhalter, die ihrer Ablieferungspflicht nicht innerhalb der ihnen gesetzten Frist genügen, haben Bestrafung zu gewärtigen und können durch Zwangsmaßnahmen, sowie Entziehung von Nahrungsmittelzuweisungen (Zucker pp.) zur Ablieferung gezwungen werden.

Für Eiermengen, die von Hühnerhaltern über ihr Ablieferungssoll hinaus abgegeben werden, werden außer dem zur Verteilung gelangenden Geflügelfutter Sonderzuteilungen in Aussicht gestellt.

§ 9.

In den Stadt- und Landgemeinden sind nach Bedarf Eierausgabestellen für die Versorgungsberechtigten zu errichten. Diese Stellen sind verpflichtet, Eier an die Versorgungsberechtigten gegen Hergabe von Eiermarken zu verkaufen und über Ein- und Ausgang der Eier genau Buch zu führen.

Die Eierausgabestellen werden nach Anweisung des Ausschusses des Eierversorgungsverbandes mit den erforderlichen Eiermengen versehen.

§ 10.

Die Eierausgabestellen haben die in Empfang genommenen Eiermarken am Schluße jeder Woche einzusenden:

a) in Thorn an das städtische Verteilungsamt, Markenabrechnungsstelle Thorn;

b) aus dem Landkreise an den Kreisausschuß in Thorn.

§ 11.

Die Ortsbehörden haben durch örtliche Maßregeln dafür Vorsorge zu treffen, daß die Insassen von Krankenhäusern und Lazaretten, sowie auch die in Privatpflege befindlichen Kranken vorzugsweise die ihnen zustehenden Eiermengen erhalten.

§ 12.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden gemäß § 15 der Anordnung über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Eierversorgungsverbande Thorn vom 12. Februar 1918 bestraft.

Thorn, den 12. Februar 1918.

Ausschuß des Eierversorgungsverbandes Thorn
(Stadt- und Landkreis).

Kleemann, Landrat, Hasse, Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Nr. Bst. 1550/1. 18 KRA und Bst. 1600/1. 18 KRA — K. St. I d Nr. 46 g.

Am 16. Februar 1918 treten 2 neue Bekanntmachungen Bst. 1550/1. 18 KRA, betreffend:

Beschlagnahme und Bestandserhebung von Holzspänen aller Art

und Bst. 1600/1. 18 KRA, betreffend:

Höchstpreise von Holzspänen aller Art inkraft.

Der Wortlaut ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern, sowie durch öffentliche Anschläge bekannt gemacht worden.

Abdrucke obiger Bekanntmachungen sind bei der Kriegsamtstelle, Abteilung I d, Danzig, kostenlos erhältlich.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg den 16. Februar 1918.

Stellv. Generalkommando des 17. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm, Marienburg.

Bekanntmachung.

Das Proviantamt richtet von **Montag den 18. 2.** ab je eine

Ankaufsstelle für Hafer, Heu und Stroh in Culmsee und in Strasburg Westpr. ein.

Die Gemeinde- und Gutsvorsteher werden gebeten, bei den Besitzern dahin zu wirken, daß alle verfügbaren — auch die kleinsten — Mengen an Hafer, Heu und Stroh den Ankaufsstellen zugeführt werden.

Es werden gezahlt frei Ankaufsstelle:

für eine Tonne Hafer 270 Mk.,
" " " Heu 160 "
" " " Stroh 80 "

Der Betrag wird sofort bei der Ablieferung gezahlt.

Sollte es den Besitzern an Fuhrwerk mangeln, so wird gebeten, dieses der Ankaufsstelle mitzuteilen.

Im Interesse der Schlagfertigkeit unseres Heeres ist es Pflicht eines jeden Deutschen, jede verfügbare Menge abzuliefern, um weitere Zwangsmaßnahmen zu vermeiden.

Proviantamt Thorn.

Becker. Anbuhl.

Landwirte! Baut Oelfrüchte!

Das Saatgut für die Sommersaaten ist knapp. Die Schweine verschwinden, es gilt Ersatz zu beschaffen und den schwer erträglichen Fettmangel zu beseitigen. Deshalb müssen mehr Oelfrüchte angebaut werden. Der Anbau von Oelfrüchten gibt die Möglichkeit, unsere Felder voll zu bestellen und das fehlende Schweine- und Milchfett zu ersetzen. Dem Oelfruchtanbauer werden besondere Vorteile gewährt:

Die Preise sind folgende:	für den Zentner:
Sommerrübsen	Mk. 41.50
Mohn	" 57.50
Leinsaat	" 37.—
Leindotter	" 37.—
Weißer Senf	" 37.—

Bei weißem Senf wird außerdem eine Druschprämie von Mk. 5.— für den Zentner gewährt.

Von diesen Sommerölsaaten sind für Westpreußen besonders zu empfehlen:

für bessere Böden: Sommerrübsen und Senf,
" leichtere Böden: Senf und Leindotter.

Es werden 40 Pfd. Ammoniak auf den Morgen gewährt.

Dem Anbauer steht das Recht zu, von der abgelieferten Menge 40 % Oelkuchen, bei Leindotter und Mohn 50 % der gleichen Art zu billigen Preisen zurückzukaufen. Für Senf wird Rapskuchen geliefert.

Je nach der abgelieferten Menge wird den Landwirten Speiseöl für den eigenen Bedarf zu billigsten Preisen geliefert, bezw. Oelsaat zur Erzeugung von Oel für den eigenen Haushalt belassen.

Es wird eine Flächenzulage von Mk. 25.— für den Morgen gewährt, vorausgesetzt, daß mindestens geerntet und geliefert werden:

Rübsen und Mohn 1½ Ztr. } pro Morgen.
Leindotter und Senf 2 " }

Für jeden weiteren Doppelzentner, der vom ha der Anbaufläche, durchschnittlich gerechnet, abgeliefert wird, werden für Leindotter und Senf Mk. 25.—, für Mohn und Rübsen Mk. 33.— außer dem gesetzlichen Höchstpreis gewährt, jedoch darf die Gesamtzulage für den ha der Anbaufläche durchschnittlich gerechnet Mk. 200.— nicht übersteigen.

Die Aussaatkosten sind sehr gering.

Alle Auskünfte über Anbauverträge, Saatbezug, Kulturmaßnahmen usw. werden durch die **Landwirtschaftskammer für die Provinz Westpreußen, Danzig, Abt. für Oelfruchtbau**, oder durch die **Kreiskommissionäre** erteilt.